

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 5. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 — Postkonto: Direktion der Diktando-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierpreisliste 0,70 Goldmark, Restausgabe 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außer bei festgedruckten Worten), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenlänge des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Blatt gerechnet nach 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kammerbeginn in Frankreich.

Herrlots Kampf gegen den Wucher.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die außerordentliche Herbstsession des französischen Parlaments ist am Dienstag in Kammer und Senat mit dem üblichen Zeremoniell eröffnet worden. Die Sitzungen, die in beiden Häusern nur von kurzer Dauer waren, galten lediglich der Feststellung der Tagesordnung. Der Senat, der bis zur Verabschiedung des Budgets durch die Kammer lediglich die unerledigten Vorlagen der letzten Session aufzuarbeiten haben wird, hat beschlossen, sich noch auf eine Woche zu vertagen und am 30. November mit der Diskussion des Amnestiegesetzes zu beginnen. In der Kammer stellte nach der Eröffnungsansprache des Präsidenten der Vorsitzende der Finanzkommission, Genosse Vincent Auriant, den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Diskussion des Budgets zu setzen und mit Rücksicht auf die Arbeiten der Kommission zunächst mit der Befugung der Einzeldebatte zu beginnen. Das hat die Vertagung der Generaldebatte zur Voraussetzung. Für die Diskussion der inzwischen auf 30 angewachsenen Interpellationen soll die Freitagssitzung reserviert bleiben.

Im Laufe der Geschäftsordnungsdebatte ergriff Herrlot das Wort; dabei entstand ein großer Tumult, als ihm ein Abgeordneter der Rechten antworten wollte. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung beschloß die Kammer mit 308 gegen 140 Stimmen gemäß dem Antrage des Finanzausschusses, Mittwoch nachmittags die Diskussion über das Budget für 1925 zu beginnen. Damit war der Antrag der Opposition, die Diskussion erst in acht Tagen aufzunehmen, abgelehnt.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Dienstag in der Kammer einen Gegenentwurf zur Bekämpfung der Spekulation und des Wuchers eingebracht, der die Ueberschreitung der ortsüblichen bzw. offiziell festgelegten Preise beim Verkauf von Getreide, Mehl, Rohungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs, Kleidungsstücken usw. sowie von Rohstoffen, die zur Herstellung dieser Artikel dienen, mit Strafen von einem Monat bis zu einem Jahr Gefängnis und Geldstrafen von 5000 bis 50 000 Franc bedroht. Das Gesetz enthält außerdem eine Bestimmung, durch die den Detailhändlern zur Pflicht gemacht wird, die Preise der von ihnen feilgehaltenen Waren anzuschlagen.

Neue Kammerfraktion.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) In der französischen Kammer haben sich eine Anzahl der verschiedenen Gruppen des ehemaligen Nationalen Blocks angehörende Abgeordnete zu einer neuen Fraktion vereinigt, die am 15. und 16. November ihren konstituierenden Kongreß abhält. Die neue Partei umfasst Mitglieder in die Kammerauschüsse und wird ihren Sitz zwischen der Union republicaine democratique, den sogenannten Progressiven, und den Republicaines de gauche, denen z. B. e Trocquer angehört, einnehmen. Die neue Partei zählt 14 Abgeordnete, zumeist aus dem Elsaß und der Bretagne und hofft auf Beitritt einer Anzahl anderer Abgeordneter im Laufe der Kammer-session. Hervorgegangen aus politischen Organisationen der Provinz, wie die Union populaire republicaine d'Alsace und der Fédération democratique du Finistère (Bretagne), stützt sich die neue Partei auf eine große Anzahl seit Jahrzehnten bestehender katholischer Arbeitervereine. In ihrem Programm unterscheidet sich die neue Fraktion wesentlich von den sogenannten offiziellen Katholiken der Richtung Blacoe und Millerand durch die starke Betonung sozialer und friedlicher Tendenzen.

Der Sowjetbotschafter in Paris.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Geschäftsträger der Sowjetregierung in London, Kallowitz, der zum Botschafter in Paris aufersehen, dessen offizielle Ernennung bisher aber noch nicht vollzogen ist, ist seit zwei Tagen in Paris, um in inoffiziellen Verhandlungen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vorzubereiten.

Der deutsch-französische Handel.

Wiederaufnahme der Pariser Verhandlungen.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die Mitte Oktober nach dem Zustandekommen einer prinzipiellen Vereinbarung vertagt worden waren, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, mit interessierten Wirtschaftskreisen Fühlung zu nehmen, werden am Mittwoch wieder aufgenommen. Die aus etwa 30 Mitgliedern bestehende deutsche Delegation ist am Dienstagabend in Paris eingetroffen. Die erste Phase der Verhandlungen hatte zu einer grundsätzlichen Verständigung darüber geführt, daß Frankreich, das in keinem Zoll- und Vertragssystem die Abkehr der Reichsbegünstigung nicht kennt, diese von Deutschland zugestanden erhalten soll unter der Voraussetzung, daß die von ihm Deutschland gewährten Vergünstigungen einen vollwertigen Gegenwert bilden, d. h. daß Deutschland für alle wichtigen Importartikel den französischen Minimaltarif erhalten soll, was eine Reichsbegünstigung nicht de jure aber de facto darstellen würde. Bei den jetzigen Verhandlungen wird vor allem der letzte der dafür in Frage kommenden Artikel aufzustellen sein, und darüber wird eine Einigung

nicht ganz leicht sein. Auch die Frage der von Frankreich zugunsten Elsaß-Lothringens verlangten Privilegien dürfte zu schwierigen und langwierigen Diskussionen Anlaß geben.

Voraussichtliche Wiederwahl Coolidges.

In Nordamerika wurde gestern, Dienstag, bis 6 Uhr abends gewählt, d. h. bis zu unserer Mitternacht. Die sehr spärlichen Nachrichten, die bis zum Redaktionschluß vorlagen, machen eine ziemlich große Mehrheit für die republikanische Partei und damit die Wahl Coolidges zum Präsidenten und Dawes zum Vizepräsidenten sehr wahrscheinlich. New York, 5. November, 1/21 Uhr morgens. (Funktext.) In 69 kleinen Wahlbezirken wurden für Coolidge 3933, für Davis 1234, für La Follette 637 Stimmen gezählt. In acht Wahlbezirken des Staates Georgia, der immer eine Hochburg der Demokraten war, erhielten Davis 888, Coolidge 203 und La Follette 81 Stimmen. Bei diesen Ergebnissen handelt es sich um kleinere Orte, in denen der Wahlakt frühzeitig geschlossen werden konnte.

Glockengeläute für die Wahlsäumigen.

New York, 4. November. (E.P.) In mehreren Staaten sind Vorkehrungen getroffen worden, um die säumigen Wähler an ihre Wahlpflicht zu erinnern. So werden im Staate Wisconsin während des ganzen Tages alle halben Stunden die Kirchenglocken geläutet. Allem Anschein nach ist die Wahlbeteiligung sehr groß. Man glaubt, daß heute 38 Millionen Amerikaner zu den Urnen gehen. In Chicago kam es trotz der Vorkehrungen zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. Ein Mann wurde gestöbt, sieben Personen verhaftet. In Chicago wurden auch mehrere Wahlurnen entführt und verbrannt. Die ersten Resultate liegen aus Ashford (Massachusetts) und aus Sommersets (Vermont) vor. Diese beiden Resultate sprechen im Ganzen von 28 Wahlmännern zugunsten Coolidges und 4 zugunsten Davis.

Prager Kommunistenkompromiß.

Schmeral bleibt — Kreibitz fliegt.

Vor wenigen Tagen haben die Lesef des „Vorwärts“ aus dem Artikel des Genossen Falta-Brünn von der Krise der KPdSch. erfahren. Nun erhalten wir folgenden weiteren Bericht aus Prag: Dieser Tage fand hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit der zweite Kongreß der kommunistischen Partei in der tschechoslowakischen Republik statt. Dem Kongreß ging eine wilde Diskussion in den Parteiblättchen voraus. Es handelte sich um Annahme der Beschlüsse des Moskauer Kongresses, welcher eine „Bolschewisierung“ der Partei mit Hinsicht auf die starken „zentristischen“ Tendenzen in ihr angeordnet hat und zugleich ein „Nationalprogramm“ für die Tschechoslowakei beschloß, laut welchem die Partei alle nationalen irredentistischen Aktionen der Widerheiten und auch die separatistische Bewegung der slowakischen Katholiken unterstützen soll. Sinowjew und Manuilsky haben an die Partei am Vorabend des Kongresses appelliert, die Einheit um jeden Preis zu bewahren. Der wahre Sinn der Erörterungen war, ob Dr. Schmeral, derzeitiger Führer der Partei, auch weiterhin in der Parteiregulative verbleiben, oder ob er als Opportunist auf den Haufen geworfen werden soll. Laut dem Kongreßbericht soll die Partei 140 000 Mitglieder zählen. Von dieser Zahl muß aber eine gute Hälfte abgezogen werden. Zwei Drittel der Partei sollen Tschechen und Slowaken sein, ein Drittel entfällt auf die nationalen Minderheiten. Der politische Kampf wurde auf dem Kongreß in den Reden des Abg. Schmeral und des Korreferenten Kurath ausgegossen. Dies geschah unter argen Beschimpfungen des Abg. Schmeral, welchem vorgeworfen wurde, er sei kein Kommunist, überhaupt kein Sozialist und von der Regierung gekauft, um die Partei zu zerlegen. Die moskautreue „Linke“ war aber auf dem Kongreß zahlenmäßig schwach vertreten und es ist zu einem Kompromiß gekommen, wonach beide Richtungen in die Parteiregulative und Parteikontrolle gewählt wurden. Dr. Schmeral ist vorläufig gerettet.

Dieses Resultat entspricht dem Wunsch der Moskauer Führung, welche in der Tschechoslowakei kein zweites Norwegen erleben wollte und darum lieber auf die „Bolschewisierung“ der Partei verzichtete. Zur Beruhigung der „Linken“ wurde der bisherige Führer der deutschen Kommunisten, Abg. Kreibitz-Reichenberg geopfert, er wurde aus der Parteiregulative ausgeschlossen.

Die Unterdrückung Georgiens.

Moskau, 3. November. (Russ. Teleg.-Ag.) Das georgische Zentralregulativkomitee beschloß die Beschlagnahme des Vermögens der früheren Mitglieder der menschewistischen Regierung und der Nationalversammlung, die sich jetzt als Emigranten im Auslande aufhalten und die „mit den letzten Ereignissen in Georgien in Verbindung stehen“. Ihren Familienmitgliedern sind die Gegenstände für den häuslichen Gebrauch und Produktionsmittel für ihnen gehörige kleine Betriebe besessen worden. Das beschlagnahmte Vermögen wird zur Deckung der durch den Aufstand verursachten Schäden verwendet.

Macdonalds Rücktritt.

Rückblick auf die erste Arbeiterregierung.

London, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Arbeiterkabinett hat am Dienstagnachmittag seine letzte Sitzung abgehalten. Sie galt dem Bericht des Kabinettkomitees, das mit der Untersuchung der Angelegenheit des Sinowjew-Briefes beauftragt war und seine Arbeiten beendet hat. Um 5.15 Uhr hat sich Macdonald zum König begeben, um ihm die Demission seiner Regierung zu überreichen. Als er das Auswärtige Amt verließ, wurde er von einer großen Menschenmasse herzlich begrüßt. Später empfing der König den konservativen Parteiführer Baldwin, den er mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte. Baldwin hat diesen Auftrag angenommen.

Der englische parlamentarische Brauch hätte Macdonald gestattet, die Konsequenzen aus dem Mehrheitswechsel vom 29. Oktober nicht sofort zu ziehen, sondern noch den Zusammentritt des neuen Unterhauses abzuwarten und vor die neuen Abgeordneten zu treten, in dem er eine — natürlich von ihm rebigierte und im Sinne seiner Politik gehaltene — Thronrede verlesen hätte. Danach würde Baldwin als der Führer der gegnerischen Partei einen Zusatzantrag eingebracht haben, des Inhalts, daß das Haus Seine Majestät ehrenbeistigt darauf aufmerksam mache, daß die Regierung seiner Majestät das Vertrauen des Hauses nicht besitze. Erst nach der Abstimmung wäre die Regierungszeit des ersten Arbeiterkabinetts zu Ende gewesen.

So hatte nach den Wahlen vom 6. Dezember 1923 Baldwin gehandelt und damit seine Regierungsdauer um mehrere Wochen, nämlich bis in den Monat Januar hinein künstlich verlängert, obwohl der Ausgang der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Labour Party damals ebenso sicher feststand, wie er heute feststeht, wenn Macdonald es darauf ankommen ließe. Der einzige Vorteil, der sich für Macdonald daraus ergäbe, wenn er dem Beispiel seines Vorgängers (und Nachfolgers) im Amte folgte, wäre der, daß er die Liberalen damit zwingen würde, Farbe zu bekennen und entweder für ihn gegen Baldwin zu stimmen oder umgekehrt durch Vernehrung der ohnedies riesigen konservativen Mehrheit, den Bürgerblockpakt des Wahlkampfes vor aller Welt zu bestätigen.

Dies wäre aber auch der einzige Vorteil einer solchen Taktik gewesen. Macdonald hätte sich damit demselben Vorwurf ausgesetzt, den seine Freunde vor Jahresfrist in der gleichen Situation gegen Baldwin erhoben, nämlich, am Amte zu kleben. Und wenn dann die Stunde der Abstimmung gekommen und das Resultat verkündet worden wäre, dann hätte die Labour Party diesen rein taktischen Vorteil mit einem gefährlichen Prestigeverlust bezahlt. Im übrigen wird es in den kommenden Zeiten ohnedies an Gelegenheiten nicht fehlen, das zurückgebliebene Häuflein von Liberalen zu zwingen, sich über ihren künftigen Kurs, ob rechts oder links, zu entscheiden. Mit einer zuweilen geradezu unerhörten Folgerichtigkeit versucht die Arbeiterpartei die Liberalen in die Arme der Konservativen zu stoßen, um sie in den Augen des fortschrittlichen Teiles der öffentlichen Meinung immer mehr zu kompromittieren, zu dezimieren und deren Erbschaft möglichst restlos anzutreten. Zum Teil hat diese Taktik den Liberalen gegenüber zum Ziele geführt — aber nur zum Teil. Die Liberalen haben nicht ganz ein Drittel ihrer Mandate gerettet, aber einstweilen haben die Konservativen den weit größeren Nutzen aus dieser Haltung unserer englischen Freunde gezogen.

Es mußte auf diesen Gesichtspunkt nochmals in dem Augenblick hingewiesen werden, in dem die Nachricht des Rücktritts Macdonalds eintraf. Es mußte festgestellt werden, daß es nur an Macdonald und seinen Freunden selbst gelegen hätte, eine auf Jahre hinaus stabile Regierung zu bilden. Aber die Vernichtung des bürgerlichen Liberalismus, dieses unverrückbare Ziel der Arbeiterpartei, war mit dem Gedanken einer Koalition mit ihm unvereinbar. Und so zog es Macdonald vor, als Minderheitsregierung ohne direkte fremde Mitarbeit zu regieren. Ursprünglich waren sogar innerhalb der Arbeiterpartei die Ansichten darüber geteilt, ob man überhaupt einem Ruf des Königs unter diesen Umständen Folge leisten sollte. Ein großer Teil der Partei, besonders der radikale schottische Flügel hätte es vorgezogen, wenn man mit dem Regieren so lange gewartet hätte, bis man über eine eigene Mehrheit im Unterhaus verfügt haben würde. Dem stand aber die Wahlparole der Labour Party selber entgegen, die den Massen erklärt hatte, ihre Partei sei „reif für die Regierung“ und man müsse ihr „eine Chance geben“. Nun war diese Chance da, und sie mußte abgelehnt werden, wäre in den weitesten Kreisen als ein „Kneifen“ vor der Verantwortung und als ein Eingeständnis von Unreife aufgefaßt worden.

Macdonald hatte die Regierung ausdrücklich unter dem Vorbehalt angenommen, daß er nur im Falle einer Niederlage im Parlament über eine grundsätzliche oder hochpolitische Frage zurücktreten würde. Die Führer der beiden bürgerlichen Parteien versprachen ihm damals feierlichst ein „fares

Spiel". Das mußten sie auch tun, denn eine andere Lösung für die Bildung der neuen Regierung war angesichts der allseitigen Ablehnung von Koalitionen gar nicht vorhanden. Ob sie aber ihr Versprechen eingehalten haben, ist eine andere Frage. Namentlich die Haltung der Liberalen mußte auf den Eindruck einer für Macdonald recht demütigenden Vorkundenschaft erweisen. Die Arbeiterregierung mußte im Laufe der Monate ein volles Duzend von Abstimmungs-niederlagen im Parlament einstecken und erklärte jedesmal, diese Schlappen seien nicht „grundfänglich“ und nicht „hochpolitisch“. Sozialistische Minister in Koalitionsregierungen sind bekanntlich nicht zu beneiden, ob sozialistische Minister einer Minderheitsregierung weniger zu bedauern sind, möchte man nach diesem Vorbild bezweifeln.

Dessen ungeachtet hat die erste Arbeiterregierung Großbritanniens großes Ansehen erworben, nicht nur im eigenen Lande, sondern sogar in noch stärkerer Nähe im Ausland. Die hohen Friedensziele der Arbeiterregierung, ihr mutiges Bekenntnis zum Völkerverbund, der Ausgleich mit Frankreich und die Liquidierung des Ruhrkonfliktes, das alles trug um so mehr dazu bei, das Prestige Großbritanniens in der Welt — und nicht zuletzt das Prestige Macdonalds selber — zu erhöhen, als seine Vorgänger in der Behandlung der großen weltpolitischen Fragen völlig versagt hatten. Lloyd George war nur ein genialer Dilettant gewesen, der ungeheures Unheil angerichtet hatte, und bei dem Versuch, dieses Unheil wieder gutzumachen, die Konfusion zum Teil nur noch verschlimmert hatte. Bonar Law war ein totkranker Mann, dessen Passivität die schlimmste Explosion des Poincarismus, die Ruhrbesetzung, erst möglich machte. Baldwin stand der ihm hinterlassenen Situation so rational und machlos gegenüber, daß die englische Politik unter seiner Leitung schließlich dazu überging, das Verhängnis in Europa seinen Lauf nehmen zu lassen und das Königreich mit seinen Kolonien in eine mehr oder minder glänzende Isolierung zurückzuführen. Macdonald ist es gewesen, der durch seine kühne Friedenspolitik etwas Ordnung in das Chaos zu bringen vermochte, das ihm seine bürgerlichen Vorgänger hinterlassen hatten. Mögen auch die allgemeine politische Entwicklung, der Umsturz in Frankreich und das Wert der Sachverständigen zu diesem Ergebnis beigetragen haben, der persönliche Anteil Macdonalds ist unbestreitbar und wird ihm auch von der Geschichte bezeugt werden.

Daß auch im eigenen Lande das Ansehen Macdonalds gewachsen ist, beweist die einfache Tatsache der Stimmenzunahme der Arbeiterpartei um einhunderttausend Stimmen innerhalb von elf Monaten. Auch die innerpolitischen und wirtschaftlichen Leistungen der Arbeiterregierung ließen sich durchaus sehen, obwohl sie natürlich in einer Regierungszeit von knapp neun Monaten nicht zur vollen Auswirkung gelangen konnten. Jedenfalls wurden jene böswilligen Propheten der kapitalistischen Lügenpresse glänzend widerlegt, die von dem Regierungsantritt der Arbeiterpartei eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe für England prophezeit hatten. Die englische Währung hat sich nicht verschlechtert, der Handel hat sich eher gebessert, ebenso die Arbeitslosigkeit, und das Budget ist durch den Schatzkanzler Philip Snowden trotz wesentlicher Ermäßigungen oder Streichungen indirekter Steuern in musterhaftem Gleichgewicht gebracht worden. Würde die englische Labour Party anstatt über ein einziges Blatt über eine große Tagespresse verfügt haben, dann hätten die englischen Volksmassen noch weit mehr, als es der Fall war, die Verdienste der Arbeiterregierung gewürdigt. Aber die mächtigen Organe, die die öffentliche Meinung „machen“, haben nach wie vor die Herunterreibung des Kabinetts Macdonald betrieben. Es ist unter diesen Umständen doppelt und dreifach erstaunlich und bewundernswert, daß die Arbeiterpartei einen so großen Stimmenzuwachs erlangen konnte.

Wer weiß, ob nicht sogar der Ausfall der Wahlen ohne die Bombe des Sinowjew-Briefes ein ganz anderer

gemessen wäre? Aber in der Behandlung des russischen Problems hat die Methode Macdonalds versagt, ja sie mußte versagen, denn eine Propaganda für ideale Ziele und mit rein idealen Mitteln kann nur Erfolg haben, wenn ihr Objekt solcher Ziele und Mittel würdig ist. Die Begeisterung, mit der sich Macdonald für die Anerkennung Sowjetrußlands und für seine Einbeziehung in den Kreis der europäischen Gemeinschaft einsetzte, erweckte bei den Moskauer Machthabern nur laitschnäuzigen Zynismus. Die gesamte internationale kommunistische Presse beschimpfte auf Anweisung Moskaus Macdonald in einer Weise, die für seine bürgerlichen Gegner ein gefundenes Fressen war. Es ergab sich das merkwürdige Schauspiel, daß die Arbeiterregierung gegen den Widerstand der Mehrheit des Parlamentes Abmachungen mit Sowjetrußland ratifizieren lassen wollte, und daß sie von Sowjetrußland als Dank für dieses Bestreben lauter Fußstapfen erhielt.

So erklärt sich auch die ungeheure Wirkung der Sinowjew-Bombe drei Tage vor der Wahl. Man hatte von dieser Gesellschaft schon so vieles in letzter Zeit erlebt, daß man sie auch jeder verbrecherischen Torheit für fähig halten mußte. Man schenkte dem Dementi Sinowjews um so weniger Glauben, als er sich wohl hütete, zu versichern, daß er von der Parole der kommunistischen Zellenbildung im englischen Heer und in der englischen Flotte entschieden abrückte. Uns will es scheinen: hätte Macdonald etwas mehr Erfahrungen mit den Kommunisten gehabt, so hätte er die russischen Fragen vermutlich anders behandelt.

Indessen — keine Regierung dauert ewig, am allerwenigsten eine Minderheitsregierung. Über wenige Regierungen werden in der Geschichte Großbritanniens einen so ehrenvollen Platz einnehmen wie das Kabinett Macdonald. Das englische arbeitende Volk kann stolz auf die Männer sein, die es in der Regierung vertreten haben. Auch die gesamte sozialistische Internationale ist stolz darauf, Männer wie Macdonald, Snowden, Tom Shaw, J. H. Thomas und die vielen anderen Mitglieder des ersten britischen Arbeiterkabinetts zu den Ihrigen zu zählen.

Das Steuerermäßigungsprogramm.

Noch keine Einigung mit den Ländern.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit der Regierungsvorlage über die Steuerermäßigungen usw. Nach langen Verhandlungen ging die Sitzung ergebnislos zu Ende, weil sich keine Annäherung zwischen der Auffassung der Länder und der des Reiches ergab. Das Kabinett vertritt die Auffassung, die Ermäßigungen eventuell auf Grund des Artikels 48 durchzuführen, da der Reichstag vor dem neuen Jahr nicht zusammentreten wird und die Steuererleichterungen z. B. der Landwirtschaft schon zum 15. November, wo Vorauszahlungen fällig sind, zugute kommen sollen. Wegen die Anwendung des Artikels 48 streubten sich die Länder, unter anderem Preußen und Württemberg, aus Gründen, die sich auf die Bilanzierung der Etats in den Ländern beziehen. Die Durchführung der Ermäßigung bedeutet für Reich und Länder einen Ausfall, der weit über 100 Millionen Mark liegt. Selbstverständlich ist, daß vom Beginn des neuen Finanzjahres 1925 ab eine Regelung durch neue Steuergesetze, unter anderem durch Neuregelung des Finanzausgleichs, geschaffen werden muß. Vorläufig fehlt Erfolg für das laufende Etatsjahr, das mit dem 1. April 1925 zu Ende ist. Hier verlangen die Länder Erhaltung, und zwar in genügender Höhe, um den Ausfall zu decken. Aus dieser Sorge heraus haben sie das Kabinett ersucht, vorläufig mit der Annahme des Artikels 48 bis zum Freitag zu warten, da der Reichsrat an diesem Tage zur Beratung der Auslandskredite doch zusammentritt. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Kabinett den Wiederzusammentritt des Reichsrats am Freitag nicht abwartet und die Verordnung zu einem frühzeitigeren Termin veröffentlicht.

Ueber den materiellen Inhalt der Pläne des Kabinetts erfahren wir folgendes: Die Umsatzsteuer soll eine Ermäßigung von 2

auf 1½ Prozent und die Luxussteuer eine solche von 15 auf 5 Prozent erfahren. Weitere Maßnahmen sehen die Widerungen beim Lohnabzug vor. Hier denkt man an eine Erhöhung des steuerfreien Lohnes von 600 auf 720 Mark. Dazu kommen weitere Widerungen, deren Vorteile den wirtschaftlich Schwachen zugute kommen sollen. Man denkt unter anderem an eine Befreiung der Steuerleistung für Invaliden usw., deren Einkommen wohl über 720 Mark liegt, aber nicht in dem Maße, daß die Steuerleistung 0,20 Mark für die Woche übersteigen wird. Weiter sollen die Vorauszahlungen auf die Pauschaleinkommensteuer durchweg um 25 Prozent ermäßigt werden.

Die Regierung betont, daß sie mit diesem Steuerermäßigungsprogramm eine Preisermäßigungsaktion verbindet und ist auch gewillt, bestimmte Garantien als Konzessionen für die Steuerermäßigungen durchzuführen, das ist nach dem Flauto der verschiedenen Preisermäßigungsaktionen, z. B. durch Koffenpreis- oder Frachtermäßigungen, nur verständlich. So ist unter anderem eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer vorgesehen. Die Durchführung dieser Milderung hängt aber davon ab, daß die Banken unmittelbar eine Ermäßigung der Provisionsätze in Kraft treten lassen, damit die Milderung der Börsensteuer dem Publikum und der Selbstbewegung zugute kommt.

Weiter sieht der Plan der Regierung vor, die bisherigen Reichstagsmitglieder, die dem Branntweinmonopolbeirat angehört, in ihrer Funktion bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages zu belassen.

Bürgerblock in Bremen.

Au der Strippe der Hafenkreuzler.

Bremen, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zur Neubildung der durch ein sozialdemokratisches Misstrauensvotum gestürzten Bremer Regierung haben ihren Abschluß damit gefunden, daß die Demokraten, Volksparteier und Deutschnationalen einen rein bürgerlichen Senat bilden, in dem 6 Volksparteier, 5 Demokraten und 3 Deutschnationale als Senatoren vertreten sind. Dieser Bürgerblock-Senat hängt von der Gnade der Hafenkreuzler ab, die für die parlamentarische Mehrheit der Bürgerlichen in Bremen ausschlaggebend sind.

Die Sozialdemokraten, die die Regierungsbildung seinerzeit erzwungen hatten, versuchten die Bildung einer Regierung der Mitte. Jedoch verweigerten ihnen die bürgerlichen Parteien die Anerkennung des parlamentarischen Stärkeverhältnisses. Außerdem weigerte sich die Volkspartei, eine Koalition ohne Deutschnationale einzugehen, weil beide die gleichen Industrie- und Handelsinteressen in Bremen vertreten. Die Demokraten ließen sich von der Volkspartei ins Schlepp nehmen und stimmten aus Angst vor Neuwahlen der Bildung eines Senats von Demokraten bis Volksparteier zu. Die Kommunisten betätigten sich bei dieser Regierungsbildung wieder auf ihre Weise. Sie schlugen einen aus 14 auswärtigen Kommunisten bestehenden Senat vor, an dessen Spitze Max Hötz, Höllein und Maslowski marschierten. Die Sozialdemokratie beantragte in der Erkenntnis, daß dieser neue, an der Strippe der Hafenkreuzler hängende Bürgerblock-Senat keine Lebensdauer haben kann, Auflösung der Bürgerlichen und Neuwahlen zusammen mit der Reichstagswahl. Die Demokraten lehnten jedoch die Unterstützung des Antrages ab, wodurch er scheiterte. Die Wahl des neuen Senats durch die Bürgerschaft erfolgt am Mittwoch.

Die französischen Konsuln in Deutschland. Generalkonsul Jamalens, bisher in Dresden und Leipzig, nach Antwerpen verlegt; Nachfolger: Generalkonsul Ristekuber, bisher in Zürich; Konsul Secureauil als Vizekonsul der französischen Gesellschaft in Berlin zugeteilt. Konsul Raynaud, bisher in Karlsruhe, nach Mainz. Konsul Calviere, bisher in Valence, nach Karlsruhe berufen.

Reaktion und Nachrichtenwesen. Zu unserm Artikel „Reaktion und Nachrichtenwesen“ vom 1. November teilt uns der Abg. Dr. Gremer mit, daß er nicht am 1. Juli, sondern bereits Anfang Januar dieses Jahres seine Beziehungen zur Telegraphen-Union gelöst hat.

Der König der Könige.

Von Michael Kurd.

In der fernen Südsee, durch Tausende von Kilometern von Europa getrennt, liegt abseits von allen Schiffsfahrtsstraßen und unberührt vom Handel und Wandel der Kontinente die winzige Insel Pal-Rao-Bang. Kein Mensch kennt ihren Namen, keine Großmacht begehrt dies Stückchen Land dort draußen im fernen Sunda-Archipel; so hat sie denn das Glück gehabt, frei und unabhängig zu bleiben, im Gegensatz zu ihren vielen größeren Schwestern, die schon seit langer Zeit unter englischen oder holländisches Joch gehen mußten.

Pal-Rao-Bang kann man einen Ellipsenstaat nennen: 4 Kilometer nur mißt sie im Durchmesser und etwa 6000 Menschen bevölkern das Eiland, dessen größte Eigenart wohl sein Herrscher ist, Pal-Rao-Singh, der allmächtige Tyrann. — Wenn wir von absolutistischen Königen sprechen, denken wir an Ludwig XIV. etwa, der Frankreich nach dem Grundgesetz „der Staat bin ich“ regierte, oder einen „Herrscher aller Reußen“, der seine „Landeskinder“ nach Belieben in die Wüsteneien der sibirischen Steppe verschicken konnte; aber nur als Zwerg der Vollkommenheit erscheinen sie neben dem kleinen Pal-Rao. An ihm gemessen spielen sie alle nur Parodien von absolutistischen Königen.

Wer den Staat von Pal-Rao-Bang betrachtet, weiß, wie es in einer wahren Monarchie aussieht. Da ist der König auch zugleich der Gott, da ist der König das lebende Gesetz, da ist der König der Richter, da ist der König der einzige Kapitalist. . . .

Im Staate Pal-Raos gibt es keine Freiheit. Der Bürger darf nicht schreiben und nicht lesen lernen. Schulen sind verboten, und Missionare werden ohne viel Umstände ins Meer gejagt; nur der König ist ein „gebildeter“ Mann, der mühsam ein wenig pidgin-englisch redet. Wahrscheinlich befürchtet er, daß eines Tages dann ein ganz gewöhnlicher Pal-Rao-Banger ihn an „Bildung“ übertrifft, und das wäre doch fürchterlich. Wenn Untertanen erst denken. —

Auch das Privateigentum duldet er bei seinen Neben Bürgern nicht. Die Ernte und der Ertrag des Fischfanges muß restlos abgeliefert werden, und dann verteilt er alle Güter auf die gerechteste Weise, nämlich so, daß er der einzige Reiche von Pal-Rao ist. Aber man darf nun nicht etwa glauben, daß Pal-Rao ein Nichtstuer sei. Die Untertanen machen ihm genug Sorgen, und so ist er fast so viel beschäftigt, wie einst im Rai Wilhelm der Zweite: Er jagt die Fische, läßt die Meeresrinne einbringen, beschützt die Gestir, handelt in eigener Person mit einem fremden Schiff, das etwa alle Jahr einmal in diese Südes-See verfloren wird; kurz, er kommt sich mindestens ebenso wichtig vor, wie die „Allerhöchsten Herrschaften“ in Europa. Pal-Rao-Singh ist die „Wille seiner Nation“ (wie beim Hergl!) vor „Gottes Gnaden“.

Für Kriegstaten schwärmt er persönlich ebensowenig, wie seine jähwütigen Kollegen. Er liebt vielmehr die Ruhe und Bequemlichkeit, die U. U. (lieben Bundeskinder) können sich schon eher ein wenig opfern. Ueberhaupt richtet sich sein Lebenswandel nach berühmten Mustern.

Zum Schluß muß ich über den 100prozentigen Absolutisten Pal-Rao-Singh noch eine sehr traurige Mitteilung machen: Dieser „König der Könige“ ist, wie französische Blätter jetzt melden, schon vor einigen Wochen gestorben. Pal-Rao ist nun verwast. — Vielleicht mietet ein findiger Kopf die kleine Insel und richtet dort eine „Schule des Absolutismus“ ein. Im Reiche Pal-Raos könnten die Beiaillonen der Ertürsten und ihre Trabanten ihren Beruf wieder lernen und ungestört ausüben. „Könige für sofort gesucht. Stellungsgeld bevorzugt. Meldungen unter Pal-Rao-Bang erbeten.“

Ein Urweltler im Naturkundemuseum. Die Tendaguru-Expedition, die das Geologische-Paläontologische Institut der Berliner Universität in den Jahren 1909 bis 1912 veranstaltete, hat aus Deutsch-Ostafrika eine Fülle von versteinerten Skeletten der Saurier-Ledwelt nach Berlin gebracht. Die Saurierwelt, die in Jura-Schichten der Umgebung des Tendaguru-Hügels in mehr oder weniger vollständigen Resten in erstaunlicher Menge begraben ist, umfaßt eine Fülle von Arten der abenteuerlich gefalteten Reptilien der Vorzeit, wie sie unendliche Zeiträume hindurch die Beherrscher der Erde waren, ehe sie höher organisierten Säugetieren und Vögeln den Platz räumen mußten. Neben Flugsaurier und Protodieren sind es in erster Linie Dinosaurier verschiedener Art und Größe bis zu den gewaltigsten Ausmaßen, die je an landbewohnenden Tieren gefunden worden sind. Das Riesemaul eines solchen Sauriers mag nur allein durch die Lastade beleuchtet werden, doch er seinen kleinen Kopf bis gegen 14 Meter hoch in die Luft strecken konnte, also höher als ein dreistöckiges Haus. Hunderte von schwarzen Arbeitern wurden, so berichtet der Expeditionsleiter Prof. Janensch, zum „Naturforscher“, benötigt, um die gewaltige Ausbeute an Knochen auszugraben und zum ferngelegenen Hafenort zu tragen. Ein ganz besonderes Maß sachmännischen Könnens und sorgfältigster Fleißarbeit wurde aber dann für die endgültige Präparation der Knochen im Berliner Museum benötigt; sie ist in dem Grade langwierig, daß die Fertigstellung eines einzigen der vielfach höchst kompliziert gebauten Stücke, zum Beispiel großer Halswirbel, die Arbeit von Monaten erfordert.

Von einem besonders eigenartigen Dinosaurier vom Tendaguru ist nun ein Skelett im Berliner Museum aufgestellt worden. Dieses Kentrurosaurus benannte Reptil steht mit einer Länge von 5 bis 7 Metern an Größe zwar anderen gigantischen ostafrikanischen Dinosauriern, deren Auffindung nach aussieht, weil nach, es ist aber dadurch höchst merkwürdig, daß Schwanz und Kumpf eine Doppelreihe gemaltiger Stacheln tragen, die nach dem Kopfe zu in kleine Knochenplatten übergehen. Ein mächtiger Schwanz, ein hochgewölbter kurzer Kumpf, sehr kurze Vordergliedmaßen, ein entprechend niedrig getragener kleiner, in einer schubladartigen Spitze Schnauze auslaufender Kopf tragen weiter dazu bei, eine überaus

fremdartige Tiererscheinung zu schaffen. Der äußerst kleine Hirnraum läßt auf ein Mindestmaß geistiger Tätigkeit schließen. Für Vagantheit und Schwerfälligkeit der Fortbewegung sprechen die gedrungenen Körperformen und die Plumpheit der Gliedmaßen. Die Bemerkung mit Stacheln diente diesen Tieren offenbar zur Abwehr der gleichzeitig lebenden schnellen, mit furchtbarem Gebiß ausgestatteten riesigen Raub-Dinosaurier, deren gewaltige Zähne bei den Ausgrabungen nicht selten gefunden wurden. Wie sich bei den Ausgrabungen ergab, lebte der stacheltragende Kentrurosaurus in Herden bis zu 20 Stück, und herdenweise fanden die Tiere vor vielen Jahrmillionen unsern des Strandes des Meeres der Jurazeit, im Schlamme versinken, den Tod.

Ausstellung von Kinderfürsorgeeinrichtungen in Weimar. In den Räumen des staatlichen Bauhauses wurde am 3. November eine Ausstellung über Kinderfürsorgeeinrichtungen in Thüringen eröffnet, die einen Ueberblick gewährt nicht nur über den jetzigen Stand, sondern gerade auch über die starke Entwicklung in den letzten Jahren seit dem Kriege, in denen die Wohlfahrtsabteilung des Thüringischen Wirtschaftsministeriums unter sozialistischer Leitung stand. Insbesondere die Erholungsfürsorge zeigt in einer graphischen Darstellung ein sehr beträchtliches Ansehen der Kurve. Das ist um so bemerkenswerter, als dieses Ansehen gerade in die Zeit fällt — die Jahre 1920, 1921, 1922 —, in der man an so vielen Orten aus Mangel an Mitteln kurzschäftigerweise diese so unbedingt nötige Fürsorge abbauete. Die Ausstellung ist sehr hübsch und übersichtlich geordnet. Es werden ferner an jedem Abend der Ausstellungswoche darin Vorträge z. T. mit Lichtbildern zur Einführung gehalten werden. Der Ausstellung eingegliedert sind Möbel und Spielsachen, die wesentlich Entwürfen des Bauhauses entstammen, teilweise in seinen Werkstätten ausgeführt wurden, teilweise schon in Fabriken hergestellt werden, so daß jetzt zur Weihnachtszeit die Spielsachen zu sehr mäßigen Preisen unter dem Namen „Spielzeug des Bauhauses Weimar“ durch die Geschäfte erhältlich sein werden. Die Möbel sind schon in Verwendung in verschiedenen Kindergärten und Anstalten, so in Weimar. Die von Anna Buscher gestifteten sind besonders interessant dadurch, daß sie, dem Gestaltungsriß des Kindes entgegenkommend, gestatten, ein Stück auf das Verschleißende zu benutzen. Ein Stuhl wird umgedreht zum Wagen, zur Leiter usw. Dabei ist alles sehr praktisch abwaschbar, unzerbrechlich. Der Ausstellung der Kinderpflege ist eine Ausstellung von Kinderzeichnungen angefügt, die mir viel interessanter als die der jüngeren Ausstellung in Berlin erscheinen will. Die Weimarer Zeichnungen stammen aus dem unmittelbaren Erleben der Kinder, sie stellen Szenen dar der Kinderpflege, der Herstellung der Speisen, ihres Transports, — dabei ist der kindlichen Phantasie aller Spielraum gewährt —, endlich der Spelung selbst. So hat die Weimarer Ausstellung neben dem wohlfahrtsförderlichen auch einen modernen künstlerischen Charakter, und es ist das nicht zum wenigsten der Tätigkeit einer größeren Anzahl unserer Genossen und Genossinnen zuzuführen, die auf dem Gebiet der Kinderfürsorge in Thüringen mit Eifer tätig sind. H. B.

Mary Wigman ist von ihrem im Frühjahr erlittenen Unfall völlig niederbetrübt und hat bereits ihre Turneisen angekauft. Das Berliner Aufstehen der Künstlerin findet am 4. Dezember statt.

Der Reichskanzler im Wahlkampf. Gegen die Deutschnationalen.

Münster, 4. November. (W.Z.) Anlässlich des heutigen Parteitages der westfälischen Zentrumspartei fand in der Stadthalle eine große öffentliche Versammlung statt. Der Vorsitzende der westfälischen Zentrumspartei, Hg. Herold, bewillkommnete in seiner Eröffnungsrede den Reichskanzler, der bei seinem Erscheinen mit jubelnden Zurufen und lebhaftem händelhaftem begrüßt worden war.

Reichskanzler Marx sprach dann über die politische Lage und wies zunächst die Frage auf, ob die Auflösung des Reichstags notwendig war und beantwortete diese Frage mit einem entschiedenen Ja. Eine Regierungserweiterung war nicht mehr zu umgehen. Entscheidend für die Erweiterung des Kabinetts mußte aber die Rücksicht auf die Außenpolitik sein. Bieten die Deutschnationalen die Gewähr für eine unveränderte Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Politik? Meiner Ueberzeugung nach hätte der Beitritt von deutschnationalen Ministern das bisher mühsam bekämpfte Mißtrauen des Auslandes von neuem erweckt. Dafür sorgte schon die Presse der Deutschnationalen, aber auch die Presse der Deutschpolitischen, die ihren Einfluß bis weit ins deutschnationalen Lager hinein erstreckt. Mit der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen Fraktion war für das Zentrum die Erweiterung der Regierung nach rechts vollends untragbar geworden. Die Auflösung war unvermeidlich geworden.

Der Kanzler wies mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, der Reichspräsident habe auf die Auflösung des Reichstags hingearbeitet. Der Herr Reichspräsident hat auch dieses Mal wie in allen früheren Fällen, die mir persönlich bekannt geworden sind, in keiner Weise die Schritte des die Verantwortung für die Politik allein tragenden Kanzlers zu beeinflussen versucht.

Als Zielpunkt für die kommende Wahl bezeichnete der Kanzler in außenpolitischer Hinsicht die konsequente Weiterverfolgung des einmal eingeschlagenen Weges. Wir müssen an dem Gedanken der Bestandhaltungspolitik festhalten. Man kann es bedauern oder nicht, es ändert nichts an der Tatsache, daß wir durch fünfjährige auf dem Tisch, durch händelhaftes Sabotieren und rhetorische Aufgeblasenheit nichts auszurichten vermögen gegen Staaten, die mit starker Woffenrüstung dastehen. Den Weg zur Freiheit müssen wir uns durch Arbeit und besonnenes Handeln in ruhiger fähiger Beurteilung der wirklichen Sachlage erkämpfen. Wir müssen den Weg zur wirtschaftlichen Gesundung weiter verfolgen, der durch den Londoner Vertrag und die Dawes-Befehle eröffnet ist. Schwere Lasten sind dadurch dem deutschen Volke auferlegt worden. Ob wir sie in vollem Umfange tragen können, wird die Zukunft lehren. Heute verlangt von uns die Pflicht, das Reich zu erhalten, daß wir ehrlich den Willen bekunden, unseren Verpflichtungen nach besten Kräften nachzukommen. Das ist zurzeit die einzige Politik, die uns Luft schafft und uns die Möglichkeit gibt, unsere zerrüttete Wirtschaft allmählich wieder aufzurichten.

Alle die, die diese Politik verwerfen, sind verpflichtet, sich nicht auf Kritik zu beschränken, eine Kritik, die leicht ist angesichts des ungeheuren wirtschaftlichen Notstandes, in dem wir uns nun einmal infolge des verlorenen Krieges befinden. Sie müssen vielmehr auch positive Angaben darüber machen, welchen Weg denn sie zur Aufrichtung Deutschlands für zweckmäßig und aussichtsreich halten. Wenn sie das nicht vermögen, dann haben wir ein Recht, uns ihre scheinbare Kritik mit Ernst und Nachdruck zu verweigern.

Der Kanzler ging dann auf die innere Politik über, die sich auf einer mittleren Linie bewegen müsse. Er bezeichnete es als eine ernste Pflicht aller Zentrumsanhänger, mit aller Entschiedenheit sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, und jede ungesetzliche, namentlich gewalttätige Veränderung der Verfassung nach Kräften zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Kanzlers wurden wiederholt von Beifallsstürmen unterbrochen, die sich zum Schluß zu einer lebhaften Ovation für ihn gestalteten.

Fraktion Mampe und die Kautschukrichtlinien Wenn sie unter sich sind.

In Nr. 3 vom 1. November der „Monatlichen Mitteilungen“ des Kreisvereins Altona der Deutschnationalen Partei wird in einem „Rückblick auf die Politik unserer Partei“ u. a. ausgeführt:

„Dem Parteivertrietertag in Berlin am 30. September 1924 erschien die Führerfrage in unserer Partei nicht so wichtig als den meisten unserer Freunde im Vorde. Wichtiger erschien es, die verheerenden Regierungsschritte bald einnehmen zu können und durch Versprechungen für später jetzt die Einigkeit der Partei nach außen zu wahren... Unsere Partei schloß sich sogar die Kautschuk-Richtlinien des Kanzlers mit ihrem Streben nach Aufnahme in den Völkerbund und Mithilfe an der Dawes-Verfassung, die nach allgemeiner Ueberzeugung für unsere Partei unannehmbar und nur gegeben waren, um den Eintritt der Deutschnationalen weiter zu erschweren.“

Als Antwort auf die Selbstverleugnung von rechts verschiebt der Kanzler die Entscheidung. Wieder erlebten wir das lässliche Schauspiel eines Regierungskuhhandels: Nicht politische und nationale, sondern die Parteibelange herrschen.“

„Unsere Partei schloß sich...“ Ah ja, die Deutschnationalen Partei hat so manches geschickt. Wir befürchten aber, daß sie sich die bitterste Pille für den 7. Dezember aufbewahrt hat. Denn was sollen die Wähler von einer Partei erwarten, welche Richtlinien schickt, die nach allgemeiner Ueberzeugung für unsere Partei unannehmbar sind und die im „lässlichen Schauspiel eines Regierungskuhhandels“ die Rolle des betrogenen Betrügers spielt?

„Kinder oder Hampelmänner“. Austritte aus der SPD.

Die Behauptung, daß die Zerfurchung der kommunistischen Partei munter fortschreitet, wird lässlich durch neues Material bestätigt. Hundertfach haben prominente Kommunisten in den letzten Wochen ihrer Partei den Rücken gekehrt, weil sie den Unfug der kommunistischen Zentralkommission nicht mehr länger mitmachen wollten. Neuerdings hat in Spremberg der einzige am 4. Mai gewählte kommunistische Stadinerordnete Wädler seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt. Selbstverständlich betrachtet es jetzt die kommunistische Presse als ihre wichtigste Aufgabe, ihn mit allen Mitteln zu verteidigen. Wädler wendet sich info'ge dessen jetzt in einem „Offenen Brief“ gegen die Anwürfe seiner ehemaligen Parteifreunde, indem er sagt:

„Meine Stellungnahme zur SPD-Fraktion ist grundsätzlich ehrlich. Ich bin überzeugt, daß nur eine gemeinsame Arbeit der Vertreter der gesamten Arbeiterschaft im Gemeindeparlament zum Wohle unserer Gemeinde Ersprießliches leisten kann. Als Mann mit klarem Menschenverstand ist es mir unmöglich gewesen, das kommunistische Kommunalprogramm, so wie es die Zentralkommission vorschreibt und wie es von „Führern“ der SPD hier am Orte gutgeheißen wird, zu befolgen. Wenn ich nach befolgemem Programm arbeiten wollte, so hätte ich als einziger Vertreter der SPD im Gemeindeparlament alles abzulehnen zu haben, alles auf den Kopf zu stellen, also auf deutsch: Ich hätte mich zu betragen wie ein Verräter. Eine solche „Arbeit“ als im Interesse der Arbeiterschaft vorwärts bringt, das können nur Kinder oder politische Hampelmänner, die auf jeden Ruf von oben reagieren... Ich war aus den angeführten Gründen gezwungen, aus der SPD freiwillig auszuscheiden, wollte ich mich nicht dauernd von politischen Kindern anhängen lassen. Ich bin und bleibe Sozialist, lasse mich aber niemals provozieren. Auch Ihr anderer Arbeitsbrüder werdet erkennen, daß nur Geschlossenheit die Arbeiterschaft vorwärts bringt.“

Wädler erklärt also mit anderen Worten, daß die kommunistische Zentralkommission ins Irrenhaus geführt, nicht nur weil sie sich selbst wie verrückt gebärde, sondern weil sie von anderen vernünftigen Menschen ebenfalls verlangt, daß sie sich wie verrückt benehmen. So erwecken die heutigen Zustände in der kommunistischen Partei in der Tat den Eindruck, der am das Karrenhaus erinnert.

Aus dem Wahlkampf.

Die „Deutsche Zeitung“ bekennet sich zum Gurgelgriff gegen die Hergötter. Sie läßt alle Rücksicht beiseite und rechnet den Deutschnationalen ihre Schande vor:

„Der Unmut, die Verwirrung, die Wut und die Wut sind nicht von der „D. Z.“ geschaffen, sondern eine Folge des unerhörten Unfalls der D. R. P. Die Enttäuschung, ja Verzweiflung in allen weiten Kreisen der Parteifolgschaft hervorgerufen hatte; man wußte im Grunde doch, unter welchem Schuttschutz die Parteiführer die Betreuen zum Wahlkampf geführt hatten, und erlebte dann den Zusammenbruch vom 29. August, der für die Parteiführung und die Partei den Abschluß einer Politik ohne Charakter, ohne Klarheit, ohne Kraft bildete. Im Grunde entstand das Gefühl, betrogen, mißbraucht worden zu sein. Dies Gefühl ist die Ursache der von der „Deutschen Tageszeitung“ beklagten Erscheinungen. Der von ihr erwähnte einfache Mann versteht nicht, wie Leute, die ihn führen und vertreten wollen, preisgeben, was sie feierlich verkündet; er versteht nicht, daß die Parteiführung in der Fraktion jene Direktions- und Disziplinlosigkeit einreichen ließ, die am 29. August zu dem Erfolge führte, daß die eine Hälfte mit Nein, die andere mit Ja stimmte, die Fraktion also „plus minus Null“ machte; — immer der berühmte einfache Mann — versteht den Mangel an Festigkeit bei der Führung nicht und ist gerade deshalb irre geworden... Unser Gurgelgriff ist nichts anderes als das Drängen auf Befreiung von denen, die die Partei in eine beispiellose politische und moralische Lage gebracht haben.“

Das ist deutsch genug! Wer wird sich für eine Partei ohne Charakter, ohne Klarheit, ohne Kraft einsetzen! Wenn es so aus dem eigenen Lager schallt, werden die Wähler, die am 4. Mai den Deutschnationalen die Stimme gegeben haben, sich diesmal wohl anders bestimmen.

In Bayern werden gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Gemeindegewahlen stattfinden, nachdem gestern der Landtag das neue bayerische Gemeindegewahlgesetz angenommen hat.

Die Deutschnationalen sind mit den Bürgertumsfreunden im Zentrum unzufrieden. Sie sprechen Herrn Stegerwald ihre Mißbilligung aus, daß er noch nichts Bürgerbüchliches zustande gebracht hat. Sie wollen keine platonische Liebe von ihm sehen, sondern Reaktionen. Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt sich aus westfälischen Gewerkschaftskreisen schreiben:

„Der „Deutsche“ Stegerwalds ist durch Befestigung seines bisherigen Chefredakteurs Dr. Illmann, der eingeschoben für die Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Partei eintrat, und wohl deshalb, wie jetzt mehr und mehr durchsicht, den christlichen Gewerkschaften hier im Westen nicht mehr genehm war, gerade im wichtigsten Augenblicke seiner bisherigen Stützpunkt herab und zu einem politisch farblosen oder schwankenden Gleichgewichtsbild gemacht worden. Stegerwald hat sich in diesem Falle offenbar dem Diktat des Herrn Imbusch, der wiederum Werkzeug ganz anderer Kräfte war, gefügt. Und derselbe Stegerwald, der seit drei Jahren in Schrift und Rede die Sozialdemokraten für regierungsunfähig erklärt hat,

quittiert auf dem Zentrumsparteitag die Unterwerfung Witzls mit einer Kompromißrede, in der nicht nur Fühlung mit der Deutschnationalen Volkspartei, sondern auch mit den Sozialdemokraten verlangt wird — obwohl er weiß, daß beides unvereinbar ist. Von Herrn Marx dieses „unparteiischen“ Kanzlers Rede, ganz zu schweigen. Was bei Herrn Marx nicht mehr überrascht, kann aber bei Stegerwald nicht ohne weiteres verständlich sein, sofern er und seine Umgebung Anspruch darauf erheben, daß die nationale Öffentlichkeit noch jenes Vertrauen bewahrt, das er seinerzeit durch sein Essener Programm in so starkem Maße erworben hatte. Man glaubt ihm gern seine tatsächlichen Schwierigkeiten. Aber alle Taktik hat ihre Grenzen. Allmählich muß man sich doch wohl entscheiden, ob man auf eine Bewegung, die einst große rationale Hoffnungen erweckt und zum Teil schon vergebend hat, oder auf das Bohrerhaltungszugzeug der linksstehenden Kreise der Zentrumspartei verzichten will. Hat Stegerwald nicht den Rückhalt bei seinen Leuten, der ihm gefehlt, den nichtsozialistischen Flügel im Zentrum wirklich zu führen, oder fehlt es ihm an Kraft und Entschlossenheit, — dann fehle er auch nicht länger gewisse Erwartungen und Kräfte an sich, die sich ihm nur als Führer jener Bewegung, nicht als irgendeinem Zentrumsführer zur Verfügung gestellt haben.“

Die Deutschnationalen führen, daß es mit ihnen bergab geht. In der Enttäuschung blühten sie Stegerwald, der doch wahrhaftig genug für sie und den Bürgerblock getan hat. Verwahrung im Bürgerblockloger!

Die Kandidatenliste der Deutschnationalen ist eine schwere Geburt! Aus deutschnationalen Kreisen wird mitgeteilt: Die Sitzung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei begann mit einer programmatischen Rede des Parteivorstehenden Dr. Winkler, in der er die aus der Parole Schwarz-Weiß-Rot sich ergebenden Aufgaben sowohl außen wie innenpolitischer Natur auseinandersetzt. Die Kandidatenlisten werden erst in den nächsten Tagen veröffentlicht werden können. Logelang wird noch darum geschachert! Die Deutschnationalen betreiben seit dem 29. August den Schacher und Kuhhandel mit geradezu jadischer Pervertheit.

Bankgeheimnisse.

Betrug, Steuerhinterziehung, Wechselschieberei.

In der letzten Generalversammlung der Magdeburger Bank-Kreditgesellschaft wurden gegen den Vorstand, Herrn Beate, Vorwürfe des Betruges erhoben. Von der Oppositionsgruppe, deren Vorsitzender Rechtsanwalt Pohl war, wurde, nach einem Bericht der „L.-U.“, darin Betrug erbildet, daß Beate unerlaubte Zudergeschäfte gemacht haben soll und daß er bereits verurteilten Zudern noch weiter verlaßt habe. Hierdurch seien andere Unternehmungen schwer geschädigt worden. Des weitern wird Herrn Beate Unterschlagung und Untreue zur Last gelegt. Andere Vorwürfe sind die des Buchers, der Wechselschieberei, der Steuerhinterziehung und andere mehr.

Die Opposition betonte, daß bereits im Mai d. J. dem Aufsichtsrat Kenntnis von diesen Vorgängen gegeben worden sei, ohne daß genügend dagegen vorgegangen wäre. Außerdem erwähnte die Opposition, daß bereits mehrere Strafverfahren gegen Beate bei der Staatsanwaltschaft anhängig seien.

Der Direktor Beate bestreitet die Richtigkeit aller Vorwürfe. Beate mußte jedoch zugeben, daß er bereits zu einer Geldstrafe wegen Buchers verurteilt worden sei, gegen die er aber Einspruch erhoben habe. Außerdem gab Beate zu, im Jahre 1922 Steuern falsch deklariert zu haben. In der weiteren Aussprache wurde dem Vorstand mit 608 416 Stimmen gegen 12 441 Stimmen der Opposition Entlastung erteilt. Die Stimmen wurden natürlich nach Aktien, nicht nach Personen gezählt. Wiedergewählt wurden alle Aufsichtsratsmitglieder mit Ausnahme eines einzigen!

Wenn auch nur einiges von dem bei dieser Bank geäußerten Vorwürfen in einem von Arbeitern geleiteten Betriebe mit einem Scheln von Recht erhoben werden könnte — das Schreckel in der gesamten bürgerlichen Presse möchten wir erleben. Über hier handelt es sich ja um eine honette Gesellschaft auf Aktien, da schweigt die Kapelle!

In dieser famosen Bank sitzen natürlich durchaus treudeutsche Mannen, deren heißeste Sehnsucht die ist: „unser geliebtes Vaterland wieder zu alter Zucht und Ordnung zu führen“. Wir sind überzeugt, die Verurteilung vor garantiert sozialistischer Stadtverordneten Zehle (Magdeburg), statt des Barons Kronsleben, statt des Kammerpräsidenten Reindorf, statt des Rittergutsbesizers Dippe, statt des Grafen Rüdiger von Hagen, der als „Kammerherr“ auf Schloß Mödern thronet, statt Rittergutsbesizers, „Deconomieräten“ und anderen süßen im Aufsichtsrat Sozialisten, und dieser Aufsichtsrat stelle sich hinter einen Direktor, der in der gleichen Art scharf angegriffen würde. Wir würden sofort das gellende Geheul der gesamten Presse erklingen hören, die beim zehnten Teile solcher Vorwürfe mit ihrem an „altpreussische Zucht und Ehrlichkeit“ gewöhnten Gemüt absolut nicht würden begreifen können, wie ein so schwer beschuldigter Mann noch weiter unbehindert seine Tätigkeit ausüben dürfte, bevor nicht der letzte Verdacht eines Fieles auf seiner Weste widerlegt wäre.

Angst vor dem Reichsbanner.

„Vaterländische“ Gegenumbgebungen.

Stettin, 4. November. (Eigener Drohbericht.) Der große Erfolg der republikanischen Umbgebung des Reichsbanners am vorigen Sonntag hat nicht nur die reaktionäre Presse zu maßloser Wut angestachelt, die monarchistisch-nationalistischen Verbände haben es auch mit der Angst bekommen, weil sie für ihre Herrlichkeit in Pommern fürchten. Um den starken Widerhall der Reichsbanner-Umbgebung abzuschwächen, hat die „Nationale Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Verbände“ für nächsten Sonntag in die „Zentralhallen“, wo die republikanische Veranstaltung stattgefunden hatte, einen „Deutschen Tag“ anberaumt. Als Redner werden Graf v. d. Goltz von den Vaterländischen, Admiral Eger und der bekannte völkische Dryer aus Halle, Oberstleutnant Dästerberg vom Stahlhelm, angelündigt.

Demokraten und Reichsbanner.

Dank des Parteivorstandes.

Der Vorstand der Demokratischen Partei erklärt nach Abschluß des Parteitages einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Jetzt heißt es kämpfen und siegen, nicht für die Partei, sondern für das größere Ziel der deutschen Freiheit und Einheit. Jetzt muß Boncompagni und die internationale Reaktion zer schlagen werden. Das ist die Aufgabe des deutschen Wählers. Wir danken besonders dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das sich — unbeschadet seiner überparteilichen Stellung — auch bei uns unter der Führung des Generals v. Deimling in den Dienst des Kampfes zur Befreiung von Rhein und Ruhr und zur Sicherung der Republik gestellt hat.“

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter.

Zu den Lohnverhandlungen der Reichs- und Staatsarbeiter wird uns von den an den Tarifverträgen beteiligten Organisationen folgendes geschrieben:

Es besteht im allgemeinen sehr häufig die Auffassung und sie wird auch bei Lohnverhandlungen von Arbeitgeberseite zitiert, daß durch Erhöhung der Löhne Preissteigerungen hervorgerufen werden. Daß diese Legende nicht nur nicht zutrifft, sondern daß diese Legende in der Tat seit dem 1. Juni für die gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches keine Änderung in ihren Bezügen eingetreten ist. Auch in der gesamten Privatindustrie sind die Löhne seit diesem Zeitpunkt stabil geblieben und trotzdem haben wir ein dauerndes, erhebliches Anziehen der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel zu verzeichnen. Geradezu Empörung muß die Auffassung der Reichsregierung innerhalb der Reichs- und Staatsarbeiter auslösen, wenn man erklärt, daß durch eine Erhöhung der Löhne den Inflationsdruck Voranschub gestiftet wird. Obwohl feststeht, daß die von der Regierung seit mit großem Tamtam angekündigten Preisabbaumaßnahmen ein Schlag ins Wasser gewesen sind. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß sich die Teuerung für die Beamtengruppen 12 und 13 nicht so fühlbar machen dürfte wie insbesondere in den Gruppen der Unterbeamten. Aber nun erst die Arbeiter! Während in den letzten Jahren noch eine Anhebung der Arbeiterlöhne an die unteren Gruppen der Beamtengehälter erfolgte, sehen hier die Verhältnisse jetzt geradezu trostlos aus.

Durch die letzte Besoldungsaktion ergibt sich bei einer Gegenüberstellung des Arbeiters gegen den gleichartigen Unterbeamten folgendes Lohnverhältnis:

Tag = 8 Stunden. Monat = 208 Stunden.

Vergleich der Beamtengehälter aus Besoldungsgruppe 2 und 4 und der Reichsarbeiterlöhne aus den Lohngruppen 7 und 3 in Stundenlöhne umgerechnet.

Ab 1. Juni 1924 in Ortsklasse A

in den Lohngebieten 1 bis 3, und zwar in Königsberg i. Pr., Lohngebiet 1, ohne Ortslohnzuschlag, Berlin, Lohngebiet 2, 20 Proz. Ortslohnzuschlag, Mannheim, Lohngebiet 3, 20 Proz. Ortslohnzuschlag.

Ort	Besoldungs- bzw. Lohngruppe	Familienstand	Anfangsgeh.		Endgehalt		Durchschnitt	
			Quantität	Qualität	Quantität	Qualität	Quantität	Qualität
Königsberg Lohngebiet I	Bes.-Gr. II Ungelernte Arbeiter	verh. 1. Ad. 3	57	40	77	40	67	40
			74	46	94	46	84	46
Berlin Lohngebiet II	Bes.-Gr. IV Handwerkl.	verh. 1. Ad. 3	70	49	94	49	82	49
			88	55	111	55	99	55
Mannheim Lohngebiet III	Bes.-Gr. II Ungelernte Arbeiter	verh. 1. Ad. 3	62	54	85	54	73	54
			81	60	103	60	92	60
Mannheim Lohngebiet III	Bes.-Gr. IV Handwerkl.	verh. 1. Ad. 3	77	72	103	72	90	72
			96	78	122	78	109	78

Nach dieser Tabelle ist zu verzeichnen, daß Differenzen von 20 bis 100 Proz. vorhanden sind. Wenn nun schon zu gefast werden muß, daß die Bezüge, insbesondere der Unterbeamten, erhöht werden müssen, dann wird man aber auch anerkennen müssen, daß die Reichs- und Staatsarbeiter geradezu Hungerlöhne beziehen. Geradezu grotesk wirkt, wenn die Vertreter der Reichsregierung stets eine Gegenüberstellung mit den Löhnen der Metallindustrie herbeiführen. Doch in einem Punkt irrt man sich auch hier, indem man sich bürokratisch nur mit Zahlenmaterial beschäftigt, nicht aber mit der nackten Wirklichkeit. Während in der Metallindustrie 80 Proz. der Beschäftigten im Bedingte arbeiten oder auch sonst noch Zuschläge oder Leistungszuschläge erhalten, die auf dem Papier nicht in die Erscheinung treten, hat der Reichsarbeiter weiter nichts als den nackten Lohn wie er auf dem Papier steht. Hoffentlich ziehen nunmehr auch die Reichs- und Staatsarbeiter die Nutzenwendung aus dieser Tatsache und geben am 7. Dezember den Vertretern der großkapitalistischen Schwerindustrie die gebührende Antwort. Die Regierung aber sei gewarnt, den Bogen nicht zu überspannen, denn auch die Reichs- und Staatsarbeiter wissen, daß sie bei derartigen Hungerlöhnen nichts zu verlieren haben und im letzten Augenblick doch lieber vorziehen, einen entscheidenden Entschluß zu fassen, als mit ihrer Familie vollständig zu verenden.

Streikgefahr bei der Omnibusgesellschaft.

Eine Vollversammlung des technischen Personals nahm den Bericht des Organisationsleiters Koch I vom Deutschen Metallarbeiterverband über die Lohnverhandlungen entgegen. Befürwortet wurden 12 Pf. pro Stunde, bewilligt wurden — jedoch nur in der hohen Spitze 6 Pf., für Handwerker 6 und 5 Pf., für Ungelehrte 3 Pf. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß das Angebot ungenügend sei und beauftragte umgehend den Organisationsleiter, sofortige Verhandlungen mit der Direktion nach-

Achtung, SPD.-Holzarbeiter!

Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, in Boekers Festsaal, Weberstraße: Versammlung der SPD.-Holzarbeiter. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen. — Unsere Werbearbeit im Wahlkampf. Referent: Gen. Gustav Ehardt. — Das Erscheinen aller ist dringend notwendig! Parteilose sind willkommen. Der Werbeausschuß.

mals anzubahnen. Sollte dieses ergebnislos sein, ist mit einem Streik unter allen Umständen bei der Omnibusgesellschaft zu rechnen. Die Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung. Es soll jedoch heute morgen noch eine Urabstimmung innerhalb der Werkstatt vorgenommen werden.

Der Organisationsleiter des DMB, verlangte bei einer Verhandlung auch, daß für das technische Personal Sitzgelegenheit geschaffen werde, da kein Speisesaal vorhanden ist und die Leute, während sie essen, überall herumstehen müssen. Die Direktion war auch bereit, dafür zu sorgen, daß Sitzgelegenheit geschaffen wird. Der Obermeister Biebert, der von der Direktion zum Betriebsingenieur gemacht wurde, und jetzt glaubt, einen eigenen Laden hier aufmachen zu können, erklärte jedoch dem Betriebsrat gelegentlich einer Unterredung: „Wir wollen doch mal sehen, wer den dicksten Schädel hat.“ Da diese Zustände auf die Dauer nicht weitergehen können, möchten wir die Direktion einmal fragen, wer eigentlich in ihrem Betriebe zu bestimmen hat.

In der Hand der Direktion wird es liegen, die Verhandlungen mit den Organisationsleitern zu einem guten Ende zu führen.

Die Berliner Bäckermeister und ihre Gelben.

Auf Antrag der Arbeitnehmerorganisation, des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, in Lohnverhandlungen einzutreten, teilte die Innung mit, daß gemeinsame Verhandlungen stattfinden sollen, da auch die anderen Organisationen gleiche Forderungen gestellt hätten. Als die Vertreter des Zentralverbandes zu den Verhandlungen erschienen, stellte sich heraus, daß mit den anderen Organisationen nicht nur die Christlichen und Hirsch-Dunder'schen, sondern auch die Gelben gemeint waren. Gegen die „Verständigung“ der b-herigen Lohnkommission der Arbeiter, wie sie die Bäckermeister planten, erhoben die Vertreter des Zentralverbandes entschiedenen Protest. Der Sprecher der Bäckermeister erklärte jedoch, es sei Beschluß der Bäckermeister, mit allen Gesellenorganisationen gemeinsam zu verhandeln und keine Gruppe auszuschließen. Daraufhin verließen die Vertreter des Zentralverbandes die Verhandlungen.

Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen, und hier wiederholte sich das gleiche Spiel. Abermals wurde vom Zentralverband der Bäcker gegen die Anwesenheit der Gelben Einspruch erhoben. Dessen Protest schloßen sich jetzt auch die Vertreter der Christlichen und der Hirsch-Dunder'schen Organisationen an. Der Schlichtungsausschuß entschied, daß etwaige Verhandlungen mit den Gelben zunächst ausgelegt werden sollen, um beim Reichsarbeitsminister Erkundigungen einzuziehen. Der Schlichtungsausschuß verhandelte also ohne die Gelben und fällte einen Spruch, der inzwischen von beiden Seiten angenommen wurde. Damit ist anscheinend die alle Taktik zunächst ausgegeben worden, die meistersfreundlichen Gelben als Organisation zur Geltung zu bringen.

Es besteht jedoch die Gefahr, daß bei den Verhandlungen über den Manteltarif die Bäckermeister wiederum ihrer alten Liebe zu den Gelben Geltung zu verschaffen suchen. Der Manteltarif ist von den Arbeitgebern gekündigt worden und mit dem 31. Oktober abgelaufen.

Die Arbeitnehmer des Bäckerberufes in Berlin werden also für die Folgezeit besonders auf dem Posten sein und alle Kräfte anspannen müssen, um zu verhindern, daß bei der Festsetzung ihres Manteltarifes die Arbeitgeber durch Hinzuziehung der Gelben ihre Position zu stärken versuchen, was den Ausfall des Manteltarifes stark beeinträchtigen muß. Ist doch der Grundgedanke dieser „Manteltarifgespräche“ der, daß die Gesellenzeit nur eine kurze Uebergangszeit sei, die nicht dazu benutzt werden dürfe, um die Arbeitgeber zu belasten. Die Bäckermeister wissen, daß die Wirklichkeit zu anderen Gedanken zwingt. Sie müssen sich deshalb hinter den Zentralverband stellen, ihre entschiedenste Interessensvertretung.

Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.

In der Herrenkonfektion ist das Lohnabkommen von dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband gekündigt worden. Es wurde eine Erhöhung der jetzt bestehenden Löhne von 67 Pf. in der Spitze für Schneider um etwa 20 Proz. gefordert. Die Verhandlungen, die für die Branche im ganzen Deutschen Reich geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer beriefen sich darauf, daß durch die Auswirkungen des neuen Manteltarifes eine Erhöhung der Zeit- und Stücklöhne unnötig sei. Wenn auch die eingetretene Teuerung anerkannt werde, so ließe auch die schlechte Geschäftslage keine Lohnhöhung zu. Obwohl die Unterhändler der Arbeitnehmer alle Einwände der Unternehmer widerlegen konnten und besonders auf die Mitteilung eines Fachblattes hinwies, wonach sich die Geschäftslage in der letzten Zeit sehr gehoben habe, blieben die Arbeitgeber bei ihrer Ablehnung. Vom Bekleidungsarbeiterverband ist nunmehr das Reichsarbeitsministerium ange-rufen worden, das Verhandlungen zum Freitag angelegt hat.

Die SPD.-Zentrale nicht recht im Bilde.

Der Abdruck des gewerkschaftlichen Teils des Berichtes der SPD. an den Bezirkstag Berlin-Brandenburg in unserer Sonntagsnummer hat unter den Gewerkschaften allgemeines Interesse erweckt. Man wußte ja auch ohne die Eingangsnotizen der SPD., daß es mit deren Einfluß in den Gewerkschaften rapid bergab geht. Man ist jedoch erstaunt über die offenbar große Unkenntnis der SPD. nicht nur in allen wesentlichen Gewerkschaftsfragen, sondern selbst in den Personalfragen, soweit es sich um ihre eigenen Parteigenossen handelt. Die Fülle der Mitglieder kann sicherlich nicht die Ursache dieser Unkenntnis sein, denn nach dem Bericht besitzt die SPD. in Groß-Berlin nur noch 16 000 Mitglieder.

Die „Rote Fahne“ schweigt sich zu unserer Veröffentlichung völlig aus. Nicht einmal das einfältige Gesimpel von „Ephylmache“ weiß sie zu stoßern. Von den verschiedenen Zuschriften und Mitteilungen, die wir erhalten haben, erwähnen wir heute die des Hauptvorstandes des Deutschen Lederarbeiterverbandes. Es wird in dieser Zuschrift Bezug genommen auf die Angaben der SPD., wonach bei den Bediensteten der Posten des 1. Bevollmächtigten in der Hand der Kommunisten sei und daß im Zentralvorstand von 13 Mitgliedern 4 der SPD. angehören. In Wirklichkeit gehören nur noch 2 Mitglieder des Zentralvorstandes der SPD. an, da die beiden anderen sofort nach dem Moskauer Kongress die notwendige Konsequenz gezogen haben und aus der SPD. ausgeschieden sind. Das ist der Bezirksleitung der SPD. offenbar unbekannt. Es ist ihr weiter unbekannt, daß wohl der 1. Bevollmächtigte in Berlin, der ehrenamtlich tätig ist, der SPD. angehört, daß aber der besoldete Bevollmächtigte nicht Mitglied der SPD. ist. Weiter wird uns vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Fleischer mitgeteilt, daß die Behauptung des Berichtes der SPD., wonach diese im Hauptvorstand des Zentralverbandes der Fleischer die Mehrheit habe und die Berliner Jobststelle fest in der Hand sei, in beiden Teilen falsch ist. Von zehn Mitgliedern des Hauptvorstandes sind nur zwei Mitglieder der SPD. Soweit die Jobststelle Berlin in Frage kommt, ist der Bevollmächtigte nicht Mitglied der SPD. und auch die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung, deren Parteizugehörigkeit dem Hauptvorstand bekannt ist, richten sich, wie übrigens auch die zwei kommunistischen Mitglieder des Hauptvorstandes, nicht nach den Weisungen Moskauer, sondern als gute Gewerkschafter nach den Statuten und Beschlüssen der Organisation. Diese und noch andere Unrichtigkeiten in dem Bericht müssen bei der SPD. um so mehr überraschen, als man aus der Fälschungs-zentrale weiß, wie bürokratisch genau die SPD. die Personaten zu registrieren pflegt.

Buchdruckerstreik in Essen.

Essen, 3. November (Eigener Drahtbericht.) Wegen abgelehnter Lohnforderungen sind die Setzer bei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in den Streik getreten.

Verband der Maler und Lackierer.

Moskau, Donnerstag, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 24/25, Versammlung aller Maler, Lackierer und Stuckmeister der Metallindustrie. „Unser Kampf in der Metallindustrie.“ Red.: Kolko: D. G. Schlemmer. Kolko: „Da es gibt, eine neue Lohnregelung für die Metallindustrie zu treffen, muß jeder erscheinen!“ Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauernverband, Fachgruppe der Bäcker. Heute, Mittwoch, nachm. 4½ Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung in den Reissens-festsaal, Landoberer Str. 11. Bericht über die Lohnverhandlungen und weitere Beschlüsse. Alle Kollegen, auch Andersorganisierte und Nicht-organisierte, sind eingeladen.

Multimedienarbeiter, Holzarbeiterverband. Da eine Branchen-versammlung wegen Mangels an Teilnehmern nicht stattfinden kann, heute nachm. 3 Uhr Funktionärerversammlung im „Reichsbannerhof“, Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Schiffbau, SPD.-Bekanntmachung! Donnerstag abend 7 Uhr am Reichsbannerhof, Funktionärerversammlung der SPD.-Genossen. Tagesordnung wird in der Beschlusses-luna bekanntgegeben. Erscheinen aller Genossen wird zur Pflicht gemacht. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Galerne; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eckert; Freiwirtschaft: Dr. John Schlimm; Soziale und Konflikte: Fritz Korb; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlin: Bornstr. 10, G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Hierauf 2 Beilagen.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau, unsere Mutter und Schwägermutter am 7. November verstorben ist.
Berlin D., Schillerstr. 16. 2908
Otto Beetz nebst Familie
Einkaufung: Sonnabend, nachm. 4½ Uhr, im Kremat. Baumhauensewa

Danksagung.
Für die vielen Bemühungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Gaf-wirts **August Wiemers**, sagen wir herzlichsten Dank. Insbesondere dem Gefolgswertigen, insbesondere dem Gefolgswertigen, insbesondere dem Gefolgswertigen. Die Beerdigung wurde am 7. November, nachm. 4½ Uhr, im Kremat. Baumhauensewa.

Dorothea Wiemers.

Oft nachgemacht.



doch nie erreicht,
am roten Frosch erkennt man's leicht!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Erda-Fabrikniederlage Berlin, Lankwitz, Charlottenstr. 33

Für stärkste Figuren Passendes! Nur Qualitätswaren!
Mittwoch, Donnerstag, Freitag
Ausnahmepreise

3 Prüsch- u. Pelztage!!!

Sealplüschmäntel 225.- 170.- 140.- 83.-
Pelzmäntel, gute Felle 400.- 420.- 390.- 195.-
Pelzjacken, flotte Form 450.- 375.- 350.- 150.-
Seidenplüsch- u. Wolplüschmäntel 120.- 69.-
Biberplüschmäntel 75.- 48.- Jacken 55.- 36.-
Stoffmäntel 120.- 39.- Velours de la'ne-Mäntel 45.-
Neu aufgenommen
Kinder- u. Badplüschmäntel
Extra-Abteilung: Traummagazin.
Niedrige Preise! Große Auswahl!
Westmann

1. Gesch.: Berlin, Mohrenstr. 7, 37a.
2. Gesch.: Berlin, Gr. Frankfurter Str. 115.
Besuch möglichst vormittags, da nachmittags starke Andrang.

Die Jugend von heute.

Ueber die Vermehrung der Jugend ist schon immer geklagt worden. Immer ist es die Jugend, die nichts taugt, denn „die alten Leute sind recht tugendlich, Gottlob sie haben alles hinter sich“, sagt Wilhelm Busch. Trotzdem sind die Klagen über einen Teil der heutigen Jugend nicht ganz unberechtigt, denn der Krieg und seine Folgen haben sich nicht zuletzt auch in der mangelnden Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes bemerkbar gemacht. Auch die Jugend der besitzenden Stände ist von diesen üblen Einwirkungen nicht verschont geblieben. Falsch geleitete Erziehung, Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Kinder, oft auch verknäppter Formalismus der Schule, der ungesunde Spekulationsgeist einer Schieberzeit, in Verbindung mit Vergnügungs- und Genussucht rächen sich eben auch an dem Nachwuchs der begüterten Kreise, sie schaffen innere und äußere Konflikte zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern. Ein Teil dieser Jugend versucht zu rebellieren. Er flüchtet in seinem Protest gegen das Elternhaus in die bürgerliche Jugendbewegung, tastet nach neuen Ausdrucksformen, sucht Anlehnung an die das Leben neu gestaltende aufstrebende Arbeiterklasse, ja, dringt selbst zu dem Bewußtsein durch, daß nur eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform Erlösung bringen werde. Trotzdem aber besteht zwischen dem Lebensweg des proletarischen und dem des bürgerlichen Kindes ein großer Unterschied.

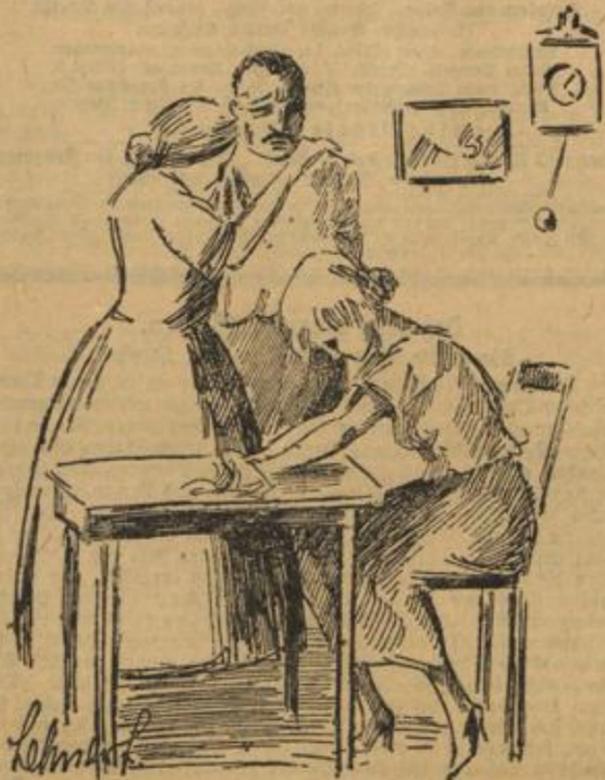
Das proletarische Kind.

Enge dürftige Wohnungsverhältnisse, mehr als ungenügende Nahrung, ungenügende Aufsicht, überfüllte Volksschulklassen, die Strafe mit allen ihren Einbrüden als selbstverständlicher Tummelplatz haben auf das proletarische Kind, das 14jährig die Schule verläßt, eingewirkt. Fremde Menschen umgeben ihn in der Werkstatt und im Betriebe. Er findet Freunde und Vergnügungen außerhalb seiner Hausstätte, die oft keine ist. Mannigfaltige Versuchungen bedauern sein junges Gemüt, Lockungen, die Geld kosten, das er nicht hat. Sein Lehrlingsgehalt muß, so gering es ist, zur Unterhaltung des Haushaltes mit beitragen, das knappe Taschengeld reicht nicht aus. Schlechtes Beispiel, schlechte Gesellschaft, leichte Gelegenheit, ungenügende Führung reizen manchen zu Eigentumsvergehen, der einmalige Erfolg zu Wiederholungen. Dann folgt Entdeckung, Anzeige, polizeiliche Vernehmung, das Gerichtsverfahren. In diesem Augenblick greift das Gesetz ein, um diesen Jugendlichen vor Bösem zu schützen, im Guten zu stützen — das Jugendgerichtsgesetz. Der Jugendliche und dessen Familie, sein Vorleben und seine Lebensweise werden Gegenstand der Erforschung durch den Jugendgerichtshilfer, der den Eltern des jungen Menschen zum Berater wird. Das Jugendgericht ordnet die erforderlichen Erziehungsmaßnahmen an. Hilft die Aufsicht des Jugendhelfers allein nicht, muß der Jugendliche aus seiner Umgebung entfernt werden; so kommt er in Familienpflege, in eine Fürsorgeanstalt oder selbst ins Jugendgefängnis. Doch ungünstig, jeht mehr als je, sind die Bedingungen für die soziale Besserung des „Bewährtesten“ — Rot, Arbeitslosigkeit, Unvollkommenheiten der Jugendfürsorge treiben zum neuen Rückfall — Gefängnis, Justizhaus ist oft das traurige Ende, trotz aller Versuche wohlmeinender Menschen. Es ist geradezu ein Wunder und zeugt für die große sittliche Widerstandskraft des Proletariats, daß es zum weitaus größten Teil trotz ständiger Gefährdung seinen sittlichen Halt bewahrt.

Das bürgerliche Kind.

Der Lebensweg des bürgerlichen Kindes ist ein wesentlich anderer. Sidnt auch der Mittelstand unter der Last der Zeit, um wieviel besser hat es hier trotzdem noch das Kind im Vergleich zum proletarischen: saubere Räume, jedes Kind sein Best, ausreichende Kleidung, genügende Nahrung, Befriedigung der notwendigen Kulturbedürfnisse. Der Besuch einer höheren Schule gilt als Selbstverständlichkeit, selbst wenn die geistige Eignung dafür fehlt, denn es sind ja „adhivare Eltern“, die auf „Ehrlichkeit“ und „sittliches“ Benehmen ihrer Kinder besonderen Wert legen, sie dem „standesgemäßen“ Leben entgegenführen. Gerät aber diese Jugend nicht auch hin und wieder in Konflikt mit den Strafgesetzen? Nur selten einmal bringen Zeitungen Berichte über jugendliche Banden aus höheren Schülern oder über verlorene Söhne wohlhabender

Eltern. Gar mancher Vater plagt sich da mit seinem Jungen ab, schickt ihn schließlich nach Amerika, schleppt ihn durch Gymnasium und Hochschule, bis er die kritische Zeit hinter sich hat. Das ist es eben: die kritische Zeit! Ueber die Zeit der Geschlechtsreife führen den jungen Menschen die bemittelten Eltern hinweg — weil sie sich das leisten können. Strauchelt hier ein junger Mensch, so machen die Eltern den zugefügten Schaden gut, die Sache kommt nicht zur Anzeige, die Schule wendet ihre eigenen disziplinarischen Mittel an. Wie die Dinge in Wirklichkeit in höheren Schichten liegen, darüber



gab der entschiedene Schulreformer Dr. Hiller in der Sitzung des Bundes der Jugendgerichtshilfer vor längerer Zeit interessante Aufschlüsse.

Eigentumsdelikte höherer Schüler.

Die Kriegs- und Revolutionsjahre haben zu unglaublicher Entfremdung der höheren Schüler geführt. Die Eigentumsdelikte haben derart erschreckend überhand genommen, daß die Garderoben von den Korridoren in die Klassen verlegt, die Klassenzimmer mit Gitter versehen werden mußten, während der Vauken in den Klassen Schüler als Wächter dleiben. Geld, Uhren, Bücher von Mitschülern, Mikroskope und verschiedene physikalische Instrumente wurden zur Beute der Schüler. Oft begnügen sie sich aber nicht mit Diebereien in den Schulen. Sie erweitern ihr Tätigkeitsfeld auch auf Kaufstätten. Selbst keine Bänden entstanden, die in den Vororten ihr Unwesen trieben. Vermöhnung zu Hause, früh entwickelte Genussucht, ungerechtfertigt großes Taschengeld, das trotzdem nicht reicht, sind hier im Gegensatz zur sozialen Not bei den Proletariatskindern die eigentlichen Ursachen der Eigentumsdelikte. Hin und wieder tritt dieser Hang zur Aneignung fremder Gegenstände selbst triebbarig auf, selbst bei Kindern wohlhabender Eltern. Noch stärker grassieren die Diebstahlsverbrechen unter Jugendlichen von Unterschichten, von Entschuldigungszetteln, beim Markenaustausch und dergleichen mehr. Aber geradezu epidemische Formen haben die Schiebergeschäfte angenommen. Es gibt überhaupt nichts, das nicht gehoben würde: alte Briefmarken, ganze Bogen neuer, Rot-

geld, Zigaretten, die dem Vater entwendet worden sind und selbst Deniken.

Sexuelle und politische Vergehen.

Diese Gegenüberstellung gehört nicht dem Referenten, erscheint aber nichtsdestoweniger gerechtfertigt. Die Verquickung sexueller und politischer Momente bei Jugendlichen hat auch der Raibenan-Mord offenbart. Wie die einen, so auch die anderen haben ihre Quelle in den Entwicklungsjahren. Beide Kategorien von Vergehen werden durch den Unverstand der Schule und der Familie begünstigt. Familie und Schule spielen Vogel-Strauß-Politik in bezug auf die sexuelle Aufklärung. Sie überlassen den jungen Menschen diesem qualenden Problem — sie sollen mit ihm fertig werden, so gut sie können, der böse Zufall übernimmt die Rolle des Lehrmeisters. Die unausbleiblichen Folgen sind Körper und Seele schädigende sexuelle Ergriffe, unter Umständen selbst ein Hinabgleiten in die männliche Prostitution. Das Triebhafte charakterisiert die Jugend auch auf politischem Gebiete. Das Verbot der Teilnahme an politischen Vereinigungen führt zur Bildung geheimer Konzentrate. Wäre es da nicht richtiger, diese Beteiligung zu gestatten, die Jugend aber zur Achtung gegenüber der Meinung Andersdenkender und zur republikanischen Bürgerei zu erziehen? Das allein seligmachende Mittel der Schule im Kampf gegen Eigentumsdelikte heißt: aus der Schule verweisen oder den Eltern nahelegen, den Jungen aus der Schule zu nehmen. Der junge Mensch wird aus dem normalen Gleise herausgeschleudert und damit oft der Anfang zu einer schiefen Laufbahn gelegt. Aufs Jugendgericht kommt der junge Mensch aber nicht, dem Jugendamt wird keine Gelegenheit gegeben, vermittelnd einzugreifen.

Son-eit der Referent. Die Ausführungen drängen aber zum Problem „Jugendgericht und höhere Schule“. Mit Unrecht. Das Reichsjugendgericht und Jugendwohlfahrtsgesetz sind zum Wohle aller Jugendlichen ohne Ausnahme geschaffen, einerlei, ob es sich um Kinder des Proletariats oder des Bürgertums handelt. Der Eingriff des Jugendamtes durch den Jugendgerichtshilfer in das Leben des Jugendlichen, der unter den Familienverhältnissen, auch den gut bürgerlichen, leidet, ist ein Recht des Jugendamtes und des benachteiligten Jugendlichen. Die Verweisung aus der Schule erscheint als ungerechtfertigte Grausamkeit. Neben dem Interesse des Jugendlichen an wohlmeinender Hilfe erfordert dessen Eingriff auch das Interesse der Öffentlichkeit. Vielleicht wäre die Gesellschaft von so manchem erwachsenen Lebeliärer verschont, wenn rechtzeitig die Jugendwohlfahrtsbehörden von ihrem Rechte Gebrauch machten. Es ist nur ein geringer Trost, wenn solche Menschen mühselig über die kritischen Lebensjahre mit hausbackenen Mitteln hinübergeschleppt werden. Im Leben beharren sie sich meist doch nicht werden zu Trägern latenter Kriminalität, die durch das Strafgesetz nicht zu fassen ist. Es sind herzlich schlechte Männer und Väter und arten zu Schädlingen an ihren Mitmenschen aus.

Jugendamt und Jugendgerichtshilfe haben eine ungeheuer wichtige Funktion im Volksleben. Das Jugendamt in seiner Arbeit zu unterstützen ist Aufgabe aller Schichten der Bevölkerung. Je mehr freiwillige Helfer, desto erfolgreicher seine Tätigkeit. Das sollte die wertvolle Bevölkerung insbesondere beherzigen. Denn um das Wohl ihrer Kinder geht es in erster Linie. Aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz erziehen dem Jugendlichen neue Rechte auf Schutz durch die Gesellschaft, erwachsen dem Jugendamt und dem Volke neue Verpflichtungen.

Der Maulkorbzwang.

Das Polizeipräsidium weist nochmals ausdrücklich darauf hin, daß auch in den nicht mehr zum Tollwutsperrbezirk gehörigen freien Teilen Berlins gemäß der Polizeiverordnung vom 9. September 1921 alle Hunde mit einem befestigteren Maulkorb zu versehen sein und, wenn sie frei umherlaufen, durch ihren Besitzer oder Führer ständig gewissenhaft überwacht werden müssen. Hunde, die ohne Maulkorb oder ohne vorgeschriebenen Maulkorb frei umherlaufend betroffen werden, werden weggefangen. Außerdem haben die frei umherlaufenden Hunde gemäß der vorkriegspolizeilichen Anordnung vom 13. September 1921 ein Halsband mit der genauen Adresse des Besitzers oder mit daran befestigter gültiger Steuerkarte zu tragen. Diese beiden Bestimmungen sind nicht aufgehoben gewesen und daher nach wie vor in Kraft. Schließlich wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß im Sperrbezirk alle Hunde, auch die aus freien Teilen der Stadt stammenden, mit Maulkorb zu versehen und an die Leine zu nehmen sind, und daß Maulkorb- und Leinenzwang für die Tiere, die aus dem Sperrbezirk in einen freien Stadtteil geführt werden, auch hier vorgeschrieben ist.

Der Mittelweg.

Von Sir Phillip Gibbs.

Rein, er war sich nicht klar darüber gewesen und entschuldigte sich demütig, entschuldig befehlend bei dem Gedanken, seiner Frau gegenüber Gewalt angewendet zu haben. Das war die Handlung eines Flegels. „Joyce, ich schäme mich so, und es tut mir furchtbar leid. Aber du weißt doch, wie schwer es gestern für mich war. Ich hatte doch mein Wort gegeben.“ „Ich lehne es ab, dies Thema zu diskutieren. Meine Ansichten kennst du. Wenn du noch ein Wort davon redest, verlasse ich das Haus.“

So war's gewesen. Es interessierte sie nicht einmal, ob O'Brien die Nacht schließlich in Bertrams Studierstube zugebracht hatte oder nicht. Vielleicht hatte sie die Dienstmädchen schon ausgefragt und sich über diesen Punkt vergewissert.

Bertram war aber überzeugt davon, daß sie innerlich nicht gleichgültig über den Zwischenfall war, und daß er sie beide noch mehr entfremdet hatte. Sie ging ihre eigenen Wege, schloß ihn absichtlich von ihren Plänen aus, oder befragte ihn niemals vorher, so daß er gar nicht dazu kam, mit ihr zusammenzutreffen. Während der paar Wochen, die nach Sofians Besuch folgten, war sie selten zum Frühstück zu Hause und kam gewöhnlich erst zurück, um sich zum Diner umzukleiden. Selbst dann hatte er keine Gelegenheit zu privater Unterhaltung mit ihr, denn Abend für Abend lud sie Freunde zu Tisch — vielleicht in der Absicht, jede intime Berührung mit ihm zu vermeiden. Und nach dem Essen füllte sie ihren Salon mit einer buntgemischten Gesellschaft, oder begab sich mit Bekannten ins Theater oder zu Tanzabenden.

Ob sie nun zu Hause blieb oder nicht, änderte nichts an Bertrams Vereinsamung. An Leib und Seele war er einsam. Joyce antwortete wohl, wenn er sie anredete, aber weiter sprach sie nichts. Sie war stets heiter, aber sie lachte ihn nicht an.

Kenneth Murless betrachtete das Haus wie sein eigenes, kam ungeladen zu Tisch oder abends, war immer höflich gegen Bertram, ließ sich durch dessen mürrisches Wesen nie aus der Stimmung bringen, immer heiter, in Paradoxen schweelend, unterhaltend für jedermann, nur nicht für Bertram, der ihn haßte, weil Joyce ihn gern hatte.

Es kamen auch noch andere Leute, welche Joyce gern hatte. Unter anderen seine Ehrwürden Peter Lynde, den Ber-

tram eine Salonkake nannte. Der kam auch zu jeder Zeit und strömte von Selbun über, oder erzählte ein bißchen Klatsch von Lady A. und Lady B. Aber nach Tisch, wenn die Damen die Tafel verlassen hatten, dann erzählte er gern satirische Anekdoten. Die Männer fanden ihn „menschlich, verstehend“, und die Frauen sagten, er wäre ein zu lieber Mensch. Bertram hielt ihn für einen ausgemachten Esel, behielt es aber für sich.

Er hatte mit dem Kreise um Joyce nichts gemein.

Bertram war oft genug mit den Leuten seiner alten Kompagnie in Berührung gekommen. „Kriegskameraden“ nannten sie sich, wenn sie sich in lärglich möblierten Klubs zusammenfanden, in ihrer Sehnsucht nach jener Kameradschaft, die das Beste vom Kriege gewesen war. Noch immer waren sie ruhelos und unstet, manche noch kaum besser als „Zitterer“, die den Nervenschoc noch nicht überwunden hatten. Sie grübelten über einen Ausweg aus ihrem jetzigen Elend — das war Arbeitslosigkeit, hohe Preise, ein Gefühl, daß die Nation, der sie gedient hatten, ihnen nicht die Treue gehalten hatte. Einige von ihnen sprachen geläufig von Bolschewismus und Kommunismus. Das schreckliche Experiment in Rußland — wo war die Wahrheit darüber? — lockte sie auch. Sie glaubten, es wäre auch für London „ganz gesund“.

Bertram glaubte ja nicht an einen wirklich revolutionären Geist unter ihnen. Sie hatten übergenug vom Krieg und Blutvergießen. Aber das war nicht die Ansicht der Leute in Joyces Salon. Sie fürchteten sich vor der Zukunft. Vielleicht suggerierten die beiden Russinnen aus der Jarenzeit und die Männer ihrer Kaste, die sie mitbrachten, die Möglichkeit einer Revolution in England. Die Russinnen wurden nie müde, bolschewistische Greuelthaten zu erzählen, die sie gehört hatten, in allen ihren schrecklichen Einzelheiten. Die ältere der beiden, Gräfin Lydia Gravida, hatte einen Zuglader eröffnet, wo Joyce sich mit ihr angefreundet hatte, und die jüngere, Paula, spielte in Konzerten wundervoll Violine. Beide waren große, häßliche, elegante Mädchen, die ein halbes Duzend Sprachen mit gleicher Leichtigkeit und den gleichen leidenschaftlichen Gesten beherrschten.

„Beschalt schickt uns England nicht eine Armee, um meinem armen Vaterland zu helfen? fragte Lydia eines Abends. „Ich begreife Eure englische Politik und Eure schreckliche Untätigkeit nicht.“

Solche Bemerkungen hatte Bertram schon oft von den Russinnen gehört. Sie machten ihn wütend. „Weshalb besorgen Ihre russischen Leute das Kämpfen nicht selbst? Warum

lungern sie in europäischen Hauptstädten herum und erwarten, daß andere ihr Rußland befreien und das Zarenium wieder einführen und ihnen ihren Reichtum zurückgewinnen?“

„Also sind Sie Bolschewist?“ fragte Gräfin Gravida und starrte ihn mit schwarzen, drohenden Augen an.

„Absohut nicht“, sagte Bertram. „Aber ich bin ein tödlicher Gegner dieser fatalen Expeditionen, in welchen England sein Gold ausgegeben hat. Mit welchem Resultat? Damit noch mehr Blutvergießen in Rußland ist, noch ein Rückzug eines unfähigen Generals mehr, noch mehr Leiden und Entsetzen und Quälen von russischen Bauern. So erscheint es mir wenigstens. Vielleicht habe ich unrecht.“

Gräfin Gravida rief durch den ganzen Salon, der von Joyces Freunden wimmelte. Sie hatte eine hohe, scharfe Stimme und ein schrilles Lachen.

„Liebe Lady Joyce! Ihr Gatte ist ein schlimmer Bolschewist. Er sagt die schrecklichsten Sachen, meine Liebe!“

„Das ist so seine Gewohnheit“, antwortete Joyce.

Obgleich sie es lächelnd gesagt hatte, errotete Bertram vor Ärger. Sie wollte ihm weh tun, und es tat ihm weh.

„Gelegentlich sage ich allerdings die Wahrheit, und das ist schrecklich“, sagte er zu Lydia.

„Aber nicht die Wahrheit über Rußland, Sie schlechter Mensch. Sie kennen unser armes, altes Rußland ja gar nicht!“

„Ich würde sogar bis nach Rußland gehen, um die Wahrheit zu erfahren“, sagte Bertram. „Kannst man sie denn dort?“

„Glauben Sie, ich hätte Ihnen etwas vorgelesen?“

„Es wird soviel darüber gelogen, aber ich meine nicht Sie damit.“

Sie schlug mit ihrer langen Bernsteinkette auf seine Hand, daß es ihm weh tat. Dann nannte sie ihn ein revolutionäres Ungeheuer, einen Jakobiner.

„Ich sehe Sie schon den englischen Mob anführen und die rote Fahne über dem Parlamentsgebäude hissen.“

Immer wieder der englische „Mob“! Schon wieder! Diese Leute hatten vor allem Angst, sogar vor England.

Der General Bellasis gab neuen Stoff zu der Furcht, unter welcher die Londoner Gesellschaft momentan litt. Er war einer von denen, die sich um Joyces Gunst bemühten. Obgleich aktiv in Irland, schien er seine Zeit zwischen Dublin und London zu verbringen und kam immer mit Blumen, Theaterkarten und Huldigungen aller Art zu Joyce.

(Fortsetzung folgt.)

Augen auf! — Die Reaktion rüstet!

Sagt sie zum Teufel und wählt eine republikanische Regierung der Tat!

Die Deutschnationalen haben, wie aus dem von uns gestern veröffentlichten Bericht über die Sitzung der Vaterländischen Verbände hervorgeht, beschlossen, eine Abordnung zu Ludendorff zu schicken, die den Putschgeneral kniefällig um Gnade anflehen soll.

Weshalb diese Kriecherei vor einem Parteiführer, der zu der Deutschnationalen Partei in dem denkbar schärfsten Gegensatz steht?

Die blasse Angst vor den Wahlen spricht aus diesem Entschluß. Die Deutschnationalen befürchten am 7. Dezember zusammengehauen zu werden und lassen kein Mittel unverzogen, um zu retten, was noch zu retten ist.

Aber die Angst vor den Wahlen ist nicht der einzige Beweggrund. Ludendorff ist der militärische Organisationschef der Monarchisten. Die Deutschnationalen standen am 9. November 1923 bereit, mit fliegenden Fahnen zu Ludendorff überzugehen. Sie hatten die Mitglieder ihrer Partei bereits bestimmt, die in das Direktorium der Reichsdiktatur eintreten sollten. Es waren das 3. T. dieselben Herren, die man in das Bürgerblockkabinett hineinschmuggeln wollte. Wenn die Deutschnationalen nicht schon damals mit Ludendorff zusammengingen, so deshalb, weil sie zur rechten Zeit einsahen, daß Ludendorff nicht stark genug war, um mit seiner Putschgarde die Macht zu erobern.

Ludendorff hat aus den Fehlern des 9. November gelernt. Er hat eingesehen, daß er mit der Reichswehr nicht rechnen kann, wenn seine Verbände nicht stark genug sind, auch ohne die Reichswehr zu operieren. Nachdem er sich deshalb durch seine Wahl zum Reichstagsabgeordneten immun gemacht hatte, ging er daran, eine Heeresorganisation zu schaffen, die besser funktioniert als die Hitler-Garde. Er gründete zu diesem Zweck den Frontbann und den Frontring.

Was will der Frontring? Die bayerische Regierung hat ihn kurzerhand verboten und Ludendorffs Strohmann dem Reichsgericht der Republik überantwortet. Sie weiß Bescheid! In den anderen Ländern des Reiches sind Frontring und Frontbann nicht verboten. Ihre Gründer und Leiter geben vor, daß er nichts anderes bezwecke, als die übrigen kameradschaftlichen Vereinigungen auch.

Ist das richtig? Unser Parteiorgan in Chemnitz, die „Volksstimme“, veröffentlicht zwei Dokumente, die beweisen, daß Frontbann und Frontring Putschorganisationen sind, wie sie im Buche stehen. Sie lauten:

I.

1. Komp. 2. Exempl.

Großdeutscher Frontbann
Regiment „Arminius“

Chemnitz, den 1. 10. 24.

Vertraulich!

Regimentsbefehl Nr. 1.

1. Auf Befehl der Landesleitung wird die Sport- und Wandervereinigung „Arminius“ mit dem heutigen Tage als Regiment „Arminius“ dem Großdeutschen Frontbann angegliedert. Einteilung der bis jetzt bestehenden Bezirke und selbständigen Ortsgruppen bleibt wie bisher, jedoch tritt an Stelle der Bezirke die Bezeichnung Batt. und der selbständigen Ortsgruppen Kompagnie.

Ich erwarte von einem jeden Angehörigen des neuen Regts., daß er nach wie vor seine Pflicht erfüllt, sich der hohen Aufgabe unserer heiligen Bewegung demütig und getreu seinem Versprechen in unverbrüchlicher Treue zu den Führern stellt.

Die Vereidigung auf das Regt. hat innerhalb 10 Tagen zu erfolgen. Meldung hierüber bis 12. 10. 24.

2. Infolge der Neuerteilung werden folgende Herren zum Regtsstabe kommandiert:

1. Pfosch, R., Chh., mit dem Range eines Beutn. als Regts-Adjt.
2. Jölsmann, Paul, Chh., mit dem Range eines Oberzahlm. als Regts-Zahlm.
3. Becker, Walter, Chh., mit dem Range eines Beutn. als Verpf. Offz.
4. Günther, Martin, Chh., mit dem Range eines Beutn. als R.D.

3. Zu Stil.-Führern mit dem Range eines Hauptmanns werden ernannt:

1. Müller, Hans, Chh., I. Btl. Chh.
2. Lindner, Wlth., Hohenstein-E., II. Btl. Hohenstein-Ernstthal.
3. Paul, Otto, Marienberg, III. Btl. Marienberg.

4. Von den Herren Btl.-Kommandeuren erwarte ich Vorschläge für Btl.-Adjt., B.D., R.D. und Zahlmeister.

5. Es ist unbedingt Sorge dafür zu tragen, daß bis 10. 10. 24 sämtliche Angehörige meines Regts. vollständig ausgerüstet sind, ebenso muß bis dahin jeder mit dem Gewehr umzugehen verstehen. Unzuverlässige Personen sind unter allen Umständen von den nächsten Zusammenkünften fernzuhalten bzw. sofort zu entlassen, denn nur wenn wir uns auf jeden einzelnen verlassen können, besteht Aussicht auf Erfolg unserer nächsten Ziele.

6. Am Sonntag, den 12. 10. 24, findet wichtige Führerversammlung in Chemnitz statt. Sämtliche Kommandeure einschl. der Zugführer haben zu erscheinen. Vertrauliche Mitteilungen über den Ort der Zusammenkunft folgt noch. Bei dieser Besprechung werden die neuen Ausbildungsvorschriften ausgegeben, damit eine einheitliche Ausbildung vor sich gehen kann.

7. Ich mache es jedem Führer nochmals zur Pflicht, sich unter allen Umständen über die genaue Stimmung seiner Untergebenen zu

vergewissern, um einen genauen Überblick über die Zuverlässigkeit und den Wert der Truppe zu gewinnen. Mit der Aufstellung von Stammrollen ist sofort zu beginnen.

Heill!

C. Hereth, Regimentskommandeur.

II.

Dienstvorschriften.

§ 1.

Das Regiment „Arminius“ ist der sogenannte militärische Zusammenschluß der im Kreis Chemnitz wohnhaften männlichen National-Sozialisten, um ihnen Gelegenheit zu geben, daß sie zu echten deutschen wehrhaften pflichtbewußten Männern erzogen werden.

§ 2.

Das Regiment setzt sich zusammen aus drei Bataillonen, das Btl. zu je 4 Kompagnien, die Komp. zu je 3 Zügen, der Zug zu je 4 Gruppen à 8 Mann. Regiments- sowie I. Batt.-Stab befindet sich in Chemnitz. Der Stab des II. Batt. in Hohenstein-Ernstthal und der Stab des III. Batt. in Marienberg. Zum I. Batt. gehören: Chemnitz, Einsiedel, Neukirchen und Frankenberg, zum II. Batt.: Hohenstein-Ernstthal, Gersdorf, Eichenstein-Cöllnberg und Oelsnitz, zum III. Batt.: Marienberg, Großholzdorf, Grünhainichen, Waldkirchen, Borstendorf, Wünschendorf, Lippersdorf und Lengenfeld.

§ 3.

Aufnahme finden nur echte National-Sozialisten, über 18 Jahre, die leibhaftig bereit sind, mit dem äußersten für unsere heiligen Ziele einzutreten. Der Aufnahme selbst geht Ausfüllung und Einreichung des als Beilage I beigefügten Aufnahme- und Verpflichtungsscheines voraus. Sämtliche darin gemachten Angaben sind sofort gründlich nachzuprüfen. Nur ganz einwandfreie Leute dürfen aufgenommen werden. Als Sicherheit müssen mindestens 3 bereits längere Zeit im Regiment bekannte Kameraden für den Neuaufzunehmenden Bürgschaft leisten. Die Aufnahme selbst entscheidet lediglich der Kompagnieführer. Neuaufnahmen finden nur als Schützen statt, jedoch können, soweit Stellen frei sind, ehemalige Militärs erstgradig als Borgehülfe eingestellt werden. Jeder dem Regiment Angehörige hat seinen Vorgesetzten gegenüber unbedingten Gehorsam zu leisten, desgleichen über die Vorgänge im Regiment größtes Stillschweigen zu bewahren. Zuwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung geahndet. Die Vereidigung hat durch die Herren Kompagnieführer zu erfolgen.

§ 4.

Die Ausbildung sämtlicher Regimentsangehöriger hat nach den Richtlinien der U.S.A. zu erfolgen, ebenso ist für Ausbildung von genügendem Sanitätspersonal durch völkische und nationale Ärzte Sorge zu tragen, eventuell sind dieselben als aktive Mitglieder zu gewinnen. Zweck Ausbildung mit dem Gewehr ist mit deutschen Schützenverbänden in Verbindung zu treten. Marschübungen sowie Turnübungen sind sehr zu pflegen.

§ 5.

Als Uniform dient die selbstgegraute Stiefelhose, ebensolche Wädelgamaschen, Bindtade und Hültermütze sowie ein Le drücken mit Hakentkreuzschloß. Die Offiziere haben einfache Lederriemen mit Schnalenschloß und Schulterringen. An der Wäsche befindet sich schwarzwelchrote Kolarde und ein einfaches Hakentkreuz. Ferner muß jeder im Besitze einer Dedo, eines Brotbeutel, einer Feldtasche und eines Trinkbehalters sein.

§ 6.

An Dienstgraden kommen in Betracht: Untergruppenführer, Gruppenführer, Unterzugführer, Zugführer, Leutnant, Oberleutnant, Hauptmann, Major, Oberleutnant, Oberst und General. Für die Kasernenangelegenheiten: Unterzahlmeister, Zahlmeister, Oberzahlmeister, Rechnungsrat, Oberrechnungsrat. Ausgabe von Rangabzeichen folgt demnächst. Beförderungen von tüchtigen Mannschaften zu Unterführern erfolgt nach Vorschlag von dem Kompagnieführer durchs Batt., zu Offizieren durchs Regiment. Ehemalige gediente Soldaten sind unter allen Umständen zu berücksichtigen. Die Offizierslaufbahn steht für jeden Tüchtigen offen. Für die Mannschaften und Unterführer sind Stammrollen, für die Offiziere Ranglisten zu führen, letztere werden beim Regiment verwahrt. Einteilung von Unterführern erfolgt wie beim alten Heere, und zwar erhält die Gruppe von 8 Mann einschl. des Untergruppenführers einen Gruppenführer, 2 Gruppen noch einen Unterzugführer dazu usw. Das Batt. muß haben 1 B.D., 1 R.D., 1 Adjt. und 1 Zahlmeister. Einsetzung derselben erfolgt auf Vorschlag durchs Regiment.

§ 7.

Jede Komp. hat wöchentlich 1 Caffe der in ihrem Bereich wohnhaften evogl. im Ernstfall als Gelfel in Betracht kommender hochgestellter jüdischer Personen einzureichen. Ebenso über die Führer der Linksparteien und Redakteure der Linkszeitungen. Zusammenstöße mit dem Reichsbanner sind soweit wie möglich zu vermeiden.

Ich erwarte von einem jeden Angehörigen des Regiments, daß er sich voll und ganz unter seine Führer stellt, und falls der Tag hereinbricht, wo endlich Abrechnung gehalten wird mit den Novemberverbrechern von 1918, mit Leib und Seele für die heilige Bewegung einsteht.

Bis Herausgabe der Dienstvorschriften der Reichsleitung bleiben vorstehende Dienstvorschriften bestehen.

Chemnitz, den 1. Oktober 1924.

Heill!

C. Hereth, Regimentskommandeur.

Ludendorff bereitet seinen nächsten Putsch vor. Das ist das Geheimnis des Frontrings. Die Deutschnationalen aber, denen es nicht geglückt ist, die Republik auf kaltem Wege zu überrumpeln, schicken Ludendorff Hals über Kopf ihre Deputationen und lassen um gut Weiter bitten. Sie möchten, um Gottes Willen, mit von der Partie sein, wenn die Sache nur 51 Proz. Aussicht auf Erfolg hat.

Und die Reichsregierung?

Wähler und Wählerinnen! Sorgt dafür, daß am 7. Dezember eine Regierung ans Ruder kommt, die sich nicht, wie die letzte, von den deutschnationalen Phrasendreschern Sand in die Augen streuen läßt! Am 7. Dezember muß ausgeräumt werden mit dem monarchistischen Putsch- und Vögelfindel!

Wähler und Wählerinnen! Sorgt dafür, daß am 7. Dezember ans Ruder kommt

eine republikanische Regierung der Tat!

Aus der Partei.

Prager Trauertagung für Czermak.

Prag, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Den Massen der Arbeiter war es nicht gegönnt, dem toten Führer Karl Czermak das letzte Geleit zu geben. Fern von den Städten, die das eigentliche Gebiet seiner Arbeit waren, ist Karl Czermak zu Grabe getragen worden. Aber aus allen Teilen Deutschbohemiens hatten sich in Prag Vertreter der proletarischen Organisationen eingefunden, um von dem toten Genossen Abschied zu nehmen. Groß war auch die Zahl der offiziellen Gäste. Die Regierung hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Eine große Delegation stellte die tschechische Sozialdemokratische Partei. Viele rotbehänderte Kränze waren am Grabe niedergelegt, darunter ein Kranz der reichsdeutschen und österreichischen Sozialdemokraten. Arbeiterturner trugen den mit roten Nesten bedeckten Sarg an das Grab, an dem Genosse Dr. Gsch. Worte der Würdigung sprach. Für die tschechische Sozialdemokratie sprach Genosse Dr. Soukup, der darauf hinwies, daß Genosse Czermak bestimmt gewesen wäre, am konstruktiven sozialistischen Wiederaufbau im Staate mitzuarbeiten. Das tschechische Proletariat werde das große Vermächtnis des Verstorbenen in Ehren halten. Nach weiteren Trauertreden und Sängervorträgen senkten sich die roten Fahnen über das Grab.

Genosse Josef Wiedenhofer-Wien, Mitglied des Nationalrates und Sekretär des Metallarbeiterverbandes, ist im Alter von 51 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 48, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Die Kreisleiterinnen müssen bis heute mittags 12 Uhr (Telephon 5885 Köpenick) die „Wahlerin“ bestellen. Anzahl und Operationsstelle angeben.

Kommunalbeamten-Vereinsabend! Donnerstag nachm. 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung im Hotel „Südwest“, 12. Etage, Scharnhorststr. 12. Besprechung der Wohlarbeit. Alle Bureau- und Betriebsämter vertreten sein.

4. Kreis-Berliner Berg. Mittwoch, den 3. November, 7 1/2 Uhr. Beamten-Verbands- und Arbeiter-Unterricht, 23.

14. Kreis-Karlsh. Arbeitervereinsabend! Donnerstag, 7. 1/2 Uhr. Scharnhorststr. 12. Besprechung der Wohlarbeit. 5-7 Uhr. Besprechung der Wohlarbeit.

20. Kreis-Reinickendorf. Sämtliche Abteilungen des Kreises befinden sich am Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr, in der Hermannstr. 104. Besprechung der Wohlarbeit.

27. Wkt. Mittwoch, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärssitzung bei Zoulet, Appenheimer Str. 71.

Heute, Mittwoch, den 3. November:

21. Wkt. 7 1/2 Uhr. Funktionärssitzung mit den Betriebsvereinsleitern bei Goldschmidt, Goldschmidt Str. 6. Besprechung der Wohlarbeit.

28. Wkt. Bildungsausschuss! 4 Uhr. Reinsdorf, Gr. Frankfurter Str. 132. Wkt. Scharnhorst. 7 1/2 Uhr. Mitarbeiter-Vereinigung bei Rosend, Hauptstr. 71. Jungsozialisten. 4 1/2 Uhr. Wkt. Scharnhorst. 101/104. Betriebsvereinsleitung.

Morgen, Donnerstag, den 6. November:

22. Wkt. 7 1/2 Uhr. Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvereinsleiter, Elternbeiräte bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1.

32. Wkt. Scharnhorst. 8 Uhr bei Rohde, Kaiserin-Augusta-Str. 22. Funktionärssitzung.

79. Wkt. Scharnhorst. 8 Uhr im Lokal Groß, Scharnh. 17. Funktionärssitzung. Wichtige Tagesordnung. Alle Funktionäre und Betriebsvereinsleiter müssen teilnehmen.

85. Wkt. Köpenick. 8 Uhr. Arbeiter-vereinsversammlung im Lokal „Im Rind“, Friedrichs-Str. 4. Wkt. Scharnhorst.

105. Wkt. Wilmersd. 8 Uhr. Arbeiter-vereinsversammlung im Lokal Scharnh. 2. Vortrag des Genossen Robert Bremer: „Auf in den Wollkamm“. Gäste willkommen.

110. Wkt. Köpenick. 8 Uhr bei Steinemann, Appenheimer Str. 15. Frauenabend. Die Teilnehmerinnen sind einzuladen.

143. Wkt. Scharnhorst. Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Scharnh. Scharnh. 101/104. Betriebsvereinsleitung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S.W. 14. Scharnhorststr. 37/38. Hof 2. Et.

Kameradschaft Kreuzauer Berg. Am Mittwoch, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr. Turnhalle Kreuzauer Berg. Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder. Mitteilungen des Vorstandes und Ausrede über eine sehr wichtige Angelegenheit. — Kameradschaft Tempelhof. Am Mittwoch, den 3. November, Treffen am Verlesungsplatz vor dem Hofmann in Tempelhof, abends 7 Uhr. Am Freitag, den 7. November, öffentliche Kundgebung abends 7 1/2 Uhr in der Straße Reichenhagen in Reichenhagen, Scharnh. 101/104. — Kameradschaft Hakenberg. Untergruppe Wilmersd. Am Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4. — Kameradschaft Köpenick. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4. — Kameradschaft Reinickendorf. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4. — Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4. — Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

— Kameradschaft Scharnh. Am Donnerstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wenzel, Badhofstraße 4.

Der Tropfen!



Hand aufs Herz ist die beste

Oel-Politur für alle Metalle

Sparsamer als Putzwasser Überall zu haben!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus

Opernhaus am Königsplatz

Schauspielhaus

Schiller-Theater

Volksbühne

Deutsch. Theater

Kammerspiele

Die tote Tante

Die Komödie

Der Diener zweier Herren

Der Mann ohne Moral

Th. a. Nollendorpl.

Revue der Welt

Noch und Noch

Central-Theater

Deutsches Opernhaus

Intimos Theater

Metropol-Theater

Gräfin Mariza

Neues Th. am Zoo

Die Frau ohne Spiel

Th. I. Kommand. Str.

Der neueste Schläger

Wenn man verliebt ist

Molly Wessely

Siegfried Arno

Lessing-Theater

Deutsch. Künstlerbühne

Lesespielhaus

Goethe-Bühne

TOCHTER

Große Volksoper

Der Wildschütz

KOMISCHE OPER

GRÖSSTE REVUE

ALLER ZEITEN

Das hat die Welt noch nicht gesehen

Darsteller:

Druno Kastner

Paul Westermeyer

Hugo Flink

Siegfried Berich

Else Berna

Hanna Gorina

Lotte Werkmeister

Miss Nielsen

Sensations-Bilder

Legende vom Nil

Perlenballett

Straußfedernballett

Riesenspielzeug

Zillebilder

Unter einem Frauenrock

Spiegel-Ballett

Apollo-Theater

Die erste große Revue-Posse

Das lachende Berlin

Dr. Thompson's Seifenpulver advertisement with logo and text 'macht die Wäsche blendend weiss.'

Rennen zu Strausberg advertisement with date 'Mittwoch, d. 5. November' and race details.

Möbel auf Kredit! advertisement for furniture and appliances.

Es ist die Feinheit! Moser-Roth Schokolade u. Kakao advertisement.

Kleines Th. Schneewittchen advertisement.

Residenz-Theater advertisement.

Trianon-Th. Solott advertisement.

Casino-Theater advertisement.

Metropol-Variete advertisement.

Gr. Kinder-Vorstellung advertisement.

Circus Busch advertisement.

Deutscher Metallarbeiter-Verband advertisement.

Reichshafen-Theat. advertisement.

Stettiner Sänger advertisement.

Deutscher Metallarbeiter-Verband advertisement.

Stettiner Sänger advertisement.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. advertisement.

Wagen 400 advertisement.

Fahrräder advertisement.

Kaufgesuche advertisement.

Unterricht advertisement.

Verschiedenes advertisement.

Arbeitsmarkt advertisement.

Stellengesuche advertisement.

Stellenangebote advertisement.

Arbeitsburche advertisement.

Der Schrei nach dem Führer.

Die Deutschnationalen suchen Männer.

Die Deutschnationalen schreien nach Männern! Männer möchten sie haben. Kein Wunder: ihre Politik der letzten Monate war nicht eine Politik von Männern, sondern von Mitteldingen zwischen Buben und Männern.

„Schafft Männer, national- und christlichgeonnen, an die Spitze des Staates, die einen Willen besitzen. Es kommt heute, gerade bei der verzweifeltsten und verwickeltsten Lage des geschichteten Deutschlands nicht auf Jungensfertigkeit an, die bei uns so oft mit politischer Begabung verwechselt wird, weniger auf die Vielseitigkeit der Kenntnisse, weniger auf die taktische Gewandtheit, als auf die Energie.“

Wo sind also die großen Führer? Mit der Behauptung: „Sie müssen zu finden sein“ ist uns nicht gedient. Die großen Führer der Deutschnationalen sind merkwürdige Gestalten. Sie sind nur in der Behauptung da, in der Idee, in der Einbildung der Deutschnationalen.

Sie müssen zu finden sein, haben die Deutschnationalen schon oft genug gesagt. Aber jedesmal war es eine Pleite, wenn sie glaubten, den großen Unbekannten nun wirklich gefunden zu haben.

Es steht schlecht um die Auffindung des großen Unbekannten, der unter uns lebt, ohne daß wir ihn kennen, und der neben glänzenden Führereigenschaften und der Gabe des Geschickes, Führer zu sein, selbstverständlich die deutschnationale Parteizugehörigkeit besitzt.

„Aus diesem Grunde kann es für den Wiederaufbau der Nation nicht genügen, wenn es gelingt, eine schwarzweißrote parlamentarische Mehrheit durch die Wahlen zu erlangen, sondern wir müssen schleunigst Umschau halten nach einer Persönlichkeit, die den sozialistischen Vertreter auf dem Präsidentensitz durch einen nationalen Führer ersetzt.“

Also dafür muß ein Führer gefunden werden. Es ist immerhin schmerzhaft für die Deutschnationalen, daß die Sozialdemokratie nicht auf die Suche nach dem großen Unbekannten angewiesen ist. Die Persönlichkeit Eberts kann keine deutschnationale Geschäftigkeit herbeiführen.

Die Partei Drehscheibe.

Von Minister Severing beleuchtet.

Bielefeld, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem sozialdemokratischen Bezirksparteitag für das östliche Westfalen und Lippe zu Hordorf hielt der preussische Innenminister Genosse Karl Severing ein großzügiges politisches Referat.

„Gegenüber der Lage vor dem 4. Mai sind einige Veränderungen eingetreten. Die bürgerlichen Parteien stehen unter sich in einem anderen Verhältnis; die Demokraten stehen heute entschiedener links und die Volkspartei entschiedener rechts, das Zentrum aber entsprechend seinem Namen wiederum in der Mitte.“

„Ich so von Stimmungen und Tageserscheinungen lassen wie die Volkspartei ist sicher das größere Uebel.“

Unsere Aufgabe im Wahlkampf ist neben den anderen, die Behauptung der Volkspartei von einem „Verlogen der Sozialdemokratie“ gründlich zu widerlegen. Wenn es irgendeine Partei gibt, die anderen Parteien ein Zeugnis über politische Charakterfestigkeit nicht ausstellen darf, dann ist es gerade die unaushöflich schwankende Volkspartei.

1918? Sie waren nicht da! Ihre Führer waren politisch obdachlos und suchten sich einen politischen Schlupfwinkel. Als die anderen das Obdium des Friedensvertrags auf sich nahmen, da trat die Volkspartei mit ihrem bekannten Spruch hervor: „Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei.“

Heinze und Scholz kamen aus Spa zurück und sie hatten zugestimmt.

Sie hatten auch der Kohlenzwangslieferung an Frankreich und dem Eingriff in die Polizeigewalt zugestimmt! Als ein ewiges Schwanken in der innerpolitischen Einstellung. Was hat die Volkspartei 1921 verurteilt, als es darum ging, eine vernünftige Linie für die Erfüllungspolitik zu finden?

Auch an der Regierungszeit des Cuno-Kabinetts und der schlimmsten Katastrophen in den letzten Jahren muß der Deutschen Volkspartei ein gerüttelt Maß von Schuld zugesprochen werden.

Deutschnationale Wahlgebete.



„Die Deutschnationalen bitten um einen Wahlkleg!“ „häng“ an, das ist heute schon das zwanzigste mal!“

Herr Hermes blieb zwar auch im Bau, aber heute wollen selbst Zentrumsteuere von der Tätigkeit eines Hermes nichts mehr wissen. Eindeutig muß aber festgestellt werden: die

Sozialdemokratie ist immer dann eingespungen, wenn es brannte,

und daß sie dann die Prügel bekam, die die anderen verdient hatten. So war es auch wieder im Mai 1923. In diesem Monat sah man im Reichstag lange Gesichter, auch bei der Volkspartei. Die Volkspartei hat damals die Sozialdemokratie inständigst gebeten, sie möge in das Reichskabinett eintreten, und zwar so schnell wie möglich.

In sozialpolitischer Hinsicht ist die Sozialdemokratie ebenso fest geblieben, und sie ist besonders fest geblieben, soweit es sich um das gleiche Recht aller Reichsbürger und aller Bundesbürger handelte. Sie ist für gleiches Recht auch dann eingetreten, als man Sachsen und Thüringen mit der Reichsregierung beehrte, Bayern aber ausgeschlossen ließ.

Severing wendete sich dann gegen die Deutschnationalen

und sagte u. a.: Eine politische Partei muß ehrlich sein. Wer aber am 29. August vormittags noch erklärt: „Unser Banner hat nie geschwankt!“ und sagt, daß die Zustimmung zum Dames-Gusachlen Volksverrat sei und nachmittags umfällt, hat keinen Anspruch mehr darauf, politisch ernst genommen zu werden.

Zum Schluß seiner Ausführungen, die mit großem Beifall bedacht wurden, forderte Severing auf, diesmal alles daran zu setzen, daß wir einen Reichstag des Friedens und einen Reichstag der Republik erhalten. Unser Ziel im Wahlkampf muß zunächst sein, eine Mehrheit zu erhalten, die eine Abänderung der Verfassung ein für allemal unmöglich macht.

Der Zusammenbruch der KPD.

Wie es hinter den Kulissen aussieht.

Die Kommunistische Partei verzichtet im Gegensatz zu den alten Traditionen der Arbeiterbewegung darauf, über ihren Mitgliederstand und ihre wirkliche Stärke öffentlich abzurechnen. Sie behauptet, das aus Illegalitätsgründen nicht tun zu können, in Wirklichkeit hat sie ganz andere Gründe. Wenigstens ging sie im vorigen Jahr, als ihre Bewegung zunahm und sie glaubte renommieren zu können, dazu über, Zahlenmaterial mitzuteilen.

Groß-Berlin.

Table with 3 columns: Month, Männer, Erwerbslose u. Frauen. Rows for März 1924, April, Mai, Juni, Juli, August.

Brandenburg.

Table with 3 columns: Month, Männer, Erwerbslose u. Frauen. Rows for März 1924, April, Mai, Juni, Juli, August.

Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß sie sich auf die Abrechnungen der Bezirke stützen und infolgedessen die wirkliche Stärke aus dem ungefähren Durchschnitt mehrerer Monate zu entnehmen ist. Selbst wenn man sehr weitherzig rechnet, bleiben danach zurzeit höchstens 20 000 zahlende Mitglieder in Berlin und 4000 Mitglieder in der Provinz Brandenburg übrig.

Wie sie sich schächten.

Herzt der Diplomatische und die Brüder der Schlange.

Die „Reckenburgische Partei“, das Organ der Wöllischen und des rein arischen Herrn von Graefe, höhnt die Deutschnationalen im alttestamentarischen Stile:

„Da trat auf ein Großer im Lande und sprach: „Wiewohl noch viele unter euch sind, die noch nicht Minister waren, so wollen wir ihnen auch den Anspruch nicht schmälern.“

Aber da der Herr der Banken und Börsen es will, daß wir offen seine Ketten tragen, wollen wir auffordern die Söhne Herzts des Diplomatischen und die Brüder der Schlange, daß sie mit uns annehmen das Diktat der Bankjuden!“

Und sie sandten Briefe zu den beiden Oberpriestern und winkten von ferne mit Ministerposten.

Da kommandierte der Oberste der Priester in seiner Zleistrebigkeit 48 Jäger und er führte auf einen Eberjanz und sagte, als er sich den Bankjuden unterwarf, seine Maximen wären die nationale Hoffnung, und er hätte den Willen zur Macht. An den Banken und Börsen aber war eitel Bönne und Freude, und die 300 feierten 3 Tage.

Die Jo- und Reinfager aber fahren bis an diesen Tag im Vorde umher und reden gewaltig, schimpfen auf die, die nicht auch kuscheln, und weinen blutige Tränen, da das Trugbild der Ministerposten verschwindet und die Jaha Morgana der Parteiführer zerfällt.

Und da die Stunde gekommen war, da das Volk einen neuen König wählte, zogen sie durch das Land und beirrten die Leute, auf daß sie ihnen ihre Stimme geben sollten, und sie redeten große Worte und versprochen Heilmenten.

Das Volk aber merkte, daß die Schlange aus ihnen sprach, und sie verwiesen den Goliath des Landes, weil er wankelmütig geworden war in der Schlachtsstunde seines Volkes.

Und er ging hin, zerriß seine Kleider und weinte bitterlich.“

So tun sich die Mannen der nationalen Hoffnung untereinander ab! Mit Betrübnis aber sehen wir, wie das Organ des Herrn von Graefe sich auf den alttestamentarischen Stil versteht. Das ist die Stimme des Blutes. Ach, es gibt keine reinen Arier mehr!

Deutschnationale Bauernfreundlichkeit.

Ausschluß der Kleinbetriebe von der Berufsvertretung.

Der Vorsthendes des Reckenburger Landbundes, Freiherr von Brandenstein, hat als Ministerpräsident dem Reckenburger Landtag einen Gesetzentwurf über die Neubildung der Landwirtschaftskammer in Reckenburg vorgelegt. Dieser Entwurf schließt alle landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 5 Hektar (20 Morgen) Größe von der Kammer aus.

„Mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit gerade von den Rechtsparteien, die immer wieder ihre „Bauernfreundlichkeit“ betonen, in Reckenburg ihre Machtposition ausgeübt wird, mögen ein paar statistische Zahlen erläutern.“

Nach der Betriebszählung des Jahres 1907 waren in Reckenburg-Schwerin an landwirtschaftlichen Betrieben vorhanden:

Table with 2 columns: Land area (in Hektar), Summe. Rows for different land area categories.

Von diesen schließt der Entwurf der beiden sogenannten Volksparteien „nur“ 83 174

oder 85,3 Proz. von der Berufsvertretung aus. Sämtliche landwirtschaftlichen Kleinbetriebe in den Dörfern, fast restlos alle Kleriker der kleinen Städte und Flecken — von den Arbeitnehmern ganz zu Schweigen — haben keinerlei Vertretung in der Kammer.

So sieht in Wirklichkeit die Bauernfreundlichkeit des Landbundes, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aus!

